

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Sammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190.

Freitag, den 17. August 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Züchtungsanstalten für Propagandisten der That.

Ein Mann, der lange Zeit in italienischen Fabriken als Webermeister thätig war, entwirft in der „Frankfurter Zeitung“ ein Bild von den Zuständen in italienischen Fabriken, das wiederum einen Hinweis dafür liefert, daß die Propagandisten der That in den schauerlichen sozialen Verhältnissen Italiens förmlich gezüchtet werden. Wir geben den Artikel hier in der Hauptsache wieder.

Schon wenn man die Regolamenti, die Arbeitsordnungen, liest, die mit ihren drakonischen Bestimmungen streng und unbarmherzig durchgeführt werden, wird einem angst und bange. So begann in einer Fabrik die Arbeit im Sommer wie im Winter Morgens 6 Uhr. Durch Kontrollmarken wurde eine peinliche Aufsicht darüber geführt, daß die Arbeiter auf die Sekunde pünktlich zur Stelle waren. Verspätungen wurden mit 10 Centesimi bestraft, Verspätungen am Montag doppelt, bei jedesmaliger Wiederholung steigerte sich der Betrag der Strafe auf das Doppelte. Um 8 Uhr trat eine viertelstündige Pause für das Frühstück ein, dann wurde bis 12 Uhr gearbeitet. Von 12 bis 1 Uhr war Mittagspause, dann wurde ohne Unterbrechung bis 7 Uhr gearbeitet. Von dieser Arbeitszeit wurde niemals abgewichen, nur am Weihnachtabend wird um 5 Uhr geschlossen, am Sonnabend vor Ostern und Pfingsten dagegen bis 7 Uhr durchgearbeitet. Und dieser Stundenplan für schwere Arbeit ist bei weitem nicht das Schlimmste in Italien. In den Seidenspinnereien wird während der Saison 16 Stunden täglich gearbeitet, von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends ohne Unterbrechung, dabei beträgt in einer solchen Filanda (Spinnerei) der Durchschnittsverdienst eine halbe Lire. Das geringste Vergehen und die geringste Unachtsamkeit werden hart bestraft. Gleich beim Eingang in den Webstuhl hängt eine große Tafel, auf der alle Strafen sichtbar notirt wurden. Und wofür giebt es Strafen! Es ist doch unmöglich, 12 geschlagene Stunden am Webstuhl zu stehen, ohne ein Wort zu sprechen. Aber auch nur der kurze Versuch zum Sprechen wird bestraft. Wenn eine Arbeiterin zu Hause bleibt, wird sie gestraft, sagen wir mit 2 Liren. Man bedenke, was eine Strafe von 2 Liren für solche arme Leute bedeutet. Es kamen in einer Fabrik Geldbußen bis zu 10 Liren vor. Es durfte keine Arbeiterin auf den Abort gehen, ohne vorher ihren Stuhl einer Erbsweberin gegeben zu haben, und ließ sie sonst einmal ohne triftigen Grund ihren Stuhl auch nur einige Sekunden stehen, so setzte es sofort 50 Centesimi Strafe ab. Einer der Meister strafte häufig, wenn ein Bruch am Stuhl vorgekommen war, an dem die Weberin durchaus schuldlos war. Einen treffenden Ausdruck fand das Verhältniß zwischen dem erwähnten Meister und seinen Arbeiterinnen in dem Umstand, daß er, obwohl er bereits 10 Jahre in der Fabrik war, seine Arbeiterinnen nur bei ihrer Kummer kannte und benannte. Laut aufschreien hätte man mögen, wenn man sah, wie Kinder von zwölf Jahren mit ihren schwächlichen Körperchen und ihren bleichen Gesichtern von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr Tag für Tag in der heißen staubigen Fabrik für ein paar Groschen arbeiteten.

Die persönliche Würde der Arbeiter wird gar nicht geachtet. In Süditalien müssen bei Schluß der Arbeit sämtliche Arbeiter in einer Reihe antreten und sie werden von einem Aufseher untersucht, ob sie nichts mitgenommen haben. Von den Arbeiterinnen werden einige jeden Abend ausgewählt, die sich von einer Aufseherin entkleiden lassen müssen. Wird jemand auf Diebstahl erwischt, so wird außer den sonstigen Strafen sein Name 14 Tage lang am Fabrikthor angeschlagen. Daß solche Zustände möglich sind, ist zunächst durch die bittere Armut zu erklären, in der sich der italienische Arbeiter trotz seiner Bedürfnislosigkeit befindet. Der tiefere Grund dieser Armut aber liegt darin, daß die italienischen Nobili weite Länderstrecken ungebaut lassen. Das Land hat einen Ueberschuß an Arbeitskräften, die den Lohn drücken. Ein weiterer Grund

liegt in dem mangelhaften Zustand des Volksschulwesens. Selbst die dreijährige Schulpflicht steht in vielen Gegenden Süditaliens nur auf dem Papier. Die Geistlichkeit thut nichts zur Hebung der Bildung, übt vielmehr einen verdummenden Einfluß besonders auf die weibliche Bevölkerung aus. Schließlich hat nicht zum geringsten Schuld an diesen Zuständen die Regierung. Es giebt zwar ein Gesetz zum Schutze der Kinderarbeit, aber das enthält nur die allerjüngsten verständlichsten Verordnungen, z. B. daß Kinder — wenn ich nicht irre unter 9 Jahren — nicht in Bergwerken beschäftigt werden dürfen. Staatliche Krankenfürsorge giebt es nicht, für Invalide wird erst seit zirka einem Jahre durch ein Gesetz gesorgt. Gewerbegesetz und Gewerbegericht fehlen gänzlich, Italien befindet sich noch auf der untersten Stufe sozialer Gesetzgebung. Der italienische Arbeiter fühlt seine drückende Lage, Tausende produktiver Kräfte gehen alljährlich in die Fremde und es finden auch häufig Streiks statt, die meistens um Verkürzung der Arbeitszeit und gegen das rigorose Strafsystem geführt werden.

Dieser verbrecherischen Ausbeutung der Armut hat die emporschießende sozialistische Bewegung Italiens den Krieg erklärt. Sie kämpft damit wirksamer gegen die wahnwitzige Attentatspolitik, als Duzende von internationalen Anarchisten-Konferenzen es vermögen. Wie wenig aber den Machthabern Italiens — übrigens nicht nur Italiens! — es mit der wirksamen Ausrottung der Wurzeln des anarchischen Fanatismus ernst ist, zeigt die Thatsache, daß Ehren-Crispi nach neueren Meldungen unter seinem Namen in einem Artikel zum Kampf gegen die Anarchie und den — Sozialismus auffordert. Freilich: die Sozialdemokratie ist eine Gefahr für die Millionen, die Crispi und Konsorten dem italienischen Volke abstecken. Und so kommt den Ausbeutern der Komplottschwindel äußerst gelegen, der unbequemem, mit Vernunft zu Werke gehenden Arbeiterbewegung den Strick zu drehen. Es wird ihnen nicht gelingen. Hat doch der einst gewaltigere deutsche Crispi mit einem eben solchen Versuch nach zwölfjährigem rohem Kampfe die Waffen vor der Sozialdemokratie strecken müssen.

Die Anarchie muß allerdings in Italien ausgerottet werden: Die Anarchie, die Crispi's Regiment dem italienischen Volke beschert hat.

Politische Rundschau.

Griechenland.

Eine Kanzlerkrisis wird abermals angekündigt. Ein Berichterstatter meldet: „Wie bestimmt (???) versichert werden kann, dringen die Verwandten des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe in denselben, sich von den Staatsgeschäften möglichst bald zurückzuziehen. Man glaubt in politischen Kreisen, daß der greise Staatsmann zur Zeit nicht mehr abgeneigt sei, dem Wunsche der ihm Nächstehenden zu willfahren.“ Der Berichterstatter bezeichnet seine Mittheilung selbst als „offiziös“.

Das Verlangen der demokratischen Presse, daß der Reichstag einberufen werde, um zu der chinesischen Frage Stellung zu nehmen, findet jetzt auch in der ultramontanen und nationalliberalen, ja sogar — man staune! — in der „Kreuzzeitung“ Widerhall. Angesichts der Ausdehnung, welche die Expedition nach China im Sandumdröhen genommen hat und noch weiter zu nehmen droht, scheint doch auch den berufs- und gewohnheitsmäßigen Jagagern und Kopfnickern ein Licht darüber aufgegangen zu sein, daß Volksvertretung und Konstitutionalismus zu werthlosem Blunder herabgedrückt werden, wenn man sie bei solcher Gelegenheit als quantitate negligable (nebensächliche Größe) behandeln darf. Das führende Centrumsorgan findet sogar ganz tapfere Worte zur Betonung des konstitutionellen Standpunktes. „Es sieht fast so aus — so schreibt das Blatt neuerdings — als ob wir im Deutschen Reiche jetzt keinen Bundesrath und keinen Reichstag, sondern ein absolutistisches Regiment hätten. Im Jahre 1883 wurde der Reichstag lediglich der spanischen Spritklausel wegen zu Anfang des Monats September zu einer außerordentlichen Session einberufen, die nur drei Tage währte; man hat es aber nicht der Mühe werth gehalten, jetzt bei einer unendlich wichtigeren Angelegenheit, wie es die Wirren in China sind, den Reichstag einzuberufen, den Vorschriften der Verfassung entsprechend vom Reichstage einen Kredit für

die großen Ausgaben der „Expeditionen“ nach China sich bewilligen zu lassen und den Vertretern des deutschen Volkes — sei es auch nur vertraulich in der Budgetkommission — Aufschluß über eine Reihe der ernstesten Fragen zu geben.“ Ganz recht, aber die Leisetreterei der Centrumsleute trägt nicht zum Wenigsten die Schuld daran, daß man den Reichstag so nichtachtend behandelt. Was die Centrumpresse jetzt vorbringt, hat die demokratische Presse schon vor vielen Wochen gesagt, die Kreise der „regierenden Partei“ aber hat dieser Kummer nicht im Geringsten angefochten. Und wenn sie jetzt ihre Stimme erheben, so geschieht das wohl auch nur, weil sie Witterung haben, daß die Regierung jetzt eher geneigt ist, den Reichstag einzuberufen. Man kann das daraus schließen, daß, wie gesagt, auch nationalliberale und konservative Blätter sich gleichzeitig für die Einberufung erklären. Selbst die „Kreuzzeitung“ giebt zu, daß es für die Leiter der Reichspolitik von hohem Werthe sein kann, bei der jetzigen kritischen Sachlage Fühlung mit dem Reichstage zu nehmen und die ausdrückliche Zustimmung desselben zu der von ihr eingeleiteten Aktion zu erhalten.“ Wir werden also wohl das Vergnügen haben, den Reichstag im September versammelt zu sehen. Wenn man aber im Hinblick darauf schon jetzt dem Reichstage nahegelegt, daß er sich selbst einen Maulkorb anlege und es pflichtschuldigst unterlasse, den Witz seines beschränkten Unterthanenverstandes an den Maßnahmen der hohen Regierung zu üben, so werden diese Bemühungen sicher fruchtlos bleiben. Die „Nationalzeitung“ hält die Einberufung des Reichstages aus konstitutionellen Rücksichten zur Bewilligung der erforderlichen Kredite für notwendig, fügt aber hinzu: „Von politischen Gesichtspunkten aus ist unser Verlangen, ihn die China-Frage erörtern zu hören, allerdings auch heute nicht größer, als es vor zwei Monaten war. Fast die gesammte ernsthafte Presse hat mit uns dem allgemein verbreiteten Verlangen, daß die deutsche Aktion in China streng innerhalb der Grenzen dessen gehalten werde, was die Ehre und die Interessen Deutschlands gebietet, Ausdruck gegeben; wir hegen aber keinen Zweifel, daß die Leiter der deutschen Politik durchaus dieser Ansicht sind.“ Die nationalliberale Vertrauensseligkeit ist ja längst sprichwörtlich geworden. Wir meinen, daß vielmehr alle Ursache vorliegt, das stärkste Mißtrauen in die weitere Entwicklung der „Weltpolitik“ zu setzen und wir hegen das Zutrauen, daß wenigstens die entschiedene Linke die Gelegenheit beim Schopfe fassen und unbedünmert um hohe Wünsche oder schwächliche Rücksichten die Dinge beim rechten Namen nennen wird.

„Welcher Lohn!“ Der bei der Erstürmung der Takaforts am 17. Juni schwer verwundete Kapitän Lantz des deutschen Kanonenboots „Flitz“ hat an seine Verwandten in der Heimath wenige Tage nach dem Gefecht Briefe geschrieben, in welchen sich folgende charakteristische Stelle findet:

„17 Kolltreffer an Granaten (12—24 Centimeter-Kaliber) haben wir bekommen, von denen die bei weitem größere Zahl im Schiff treibt und hier leider so viele meiner braven Leute getödtet oder verwundet hat. Und welcher Lohn! Alle feindlichen Geschütze und Geschosse kommen aus unserer Heimath; es sind alles moderne Schnellabekanonnen von Krupp.“

Die Krupp'schen „Berl. Neuest. Nachr.“ drucken die Briefe des Kapitän Lantz ab, unterdrücken aber ebenso wie der „Berl. Lokalan.“ den obigen Stoßseufzer eines tapferen Offiziers über die Hinmordung deutscher Soldaten durch Geschütze aus deutschen Fabriken!!

Die Zustände in den Gastwirthschaftsküchen sollen auf Anordnung des Reichskanzlers in allernächster Zeit einer umfassenden Prüfung unterzogen werden. Es handelt sich hierbei um eine Feststellung, ob und inwieweit die Klagen des Verbandes deutscher Köche zu Berlin, welche dieser in einer längeren Eingabe dem Reichskanzler unterbreitet hat, berechtigt sind. Diese Klagen erstrecken sich besonders auf zahlreiche, die Gesundheit des Küchen-Personals schädigende Mißstände in den Küchen und den zur Küche gehörigen Räumen der Gast- und Schankwirthschaften, Hotels und Garfküchen. Die Erheblichkeit der Klagen ist vom Reichskanzler anerkannt worden, der infolge dessen die Regierungspräsidenten sofort anwies, eine gründliche Revision in die Wege zu leiten. An der Hand eines vom Reichskanzleramt zusammengestellten Fragebogens, der 20 Fragen umfaßt, wird hauptsächlich danach geforscht werden, ob die Klagen des Köchever-

bandes in Bezug auf brüdicke Lage der Rücken und ihrer Nebenräume, auf Temperatur, Ventilation, Sitzgelegenheiten u. s. w. begründet sind. Alle diese Punkte würden eventuell ein Einschreiten auf Grund des § 120 Absatz e der Gewerbe-Ordnung gestatten.

Nach eine Chinarede des Kaisers. Es ist keine neue Rede des Kaisers, die wir mittheilen, sondern eine, die schon vor mehreren Wochen gehalten wurde, jetzt aber erst durch Privatmittheilungen bekannt wird. Ein deutscher Offizier, der sich mit einem der Truppentransportdampfer auf dem Wege nach China befindet, hat sie seinen Angehörigen in der Heimath brieflich mitgetheilt, und diese haben sie einem Berliner Blatte zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine Ansprache, die der Kaiser an die Offiziere der ausreisenden Truppen gerichtet hat. Der berichtserstattende Offizier versichert, daß alle anwesenden Offiziere sich die Ansprache genau gemerkt und sie dann gemeinsam zusammengefaßt hätten; der Bericht gebe fast genau die Worte des Kaisers wieder. Die Ansprache lautete:

Sie gehen ersten Sachen entgegen. Ganz gegen meine Absicht haben sich die Verhältnisse in China bis auf's Aeußerste angefüllt. Ich beabsichtige vor vier Jahren der Welt durch meine Zeichnung: „Völker Europas, währt eure heiligsten Güter“, da sich die Worte zu leicht verwechseln, einen Fingerzeig zu geben, aber meine Warnungen blieben unbeachtet. Die Verhältnisse, so wie sie liegen, haben ihren Grund in der gänzlichen Unterdrückung des Gegners. Hätten die Gesandten die Gärung im Volke geahnt und besser zu schätzen gewußt, so würden sie sich bei den Truppen ihrer Regierungen in Sicherheit gebracht haben. So haben wir diese Schmach erleiden müssen. Ruhen Sie nicht eher, als bis der Gegner zu Boden geschmettert, auf den Knien um Gnade fleht.

Damit Sie, meine Herren, wenn Sie von anderen fremdherlichen Offizieren gefragt werden, Bescheid wissen, will ich Ihnen gleich meine politischen Absichten sagen, nämlich: Unterdrückung des Aufstandes, exemplarische Bestrafung der Auführer, Wiederherstellung des status quo ante (früheren Zustandes), Einsetzung einer starken Regierung, die uns die nötigen schriftlichen Garantien dafür bieten kann, daß solche Zustände nicht wieder eintreten. Wer das sein wird, weiß ich noch nicht; es heißt ja auch, die Kaiserin sei schon gestorben. Außerdem scheint neben dem Chinesenaufstand auch ein Mandchuanstand ausgebrochen zu sein. Einer Auftheilung des weiten chinesischen Reiches werde ich mich auf das Entschiedenste widersetzen; daran ist nach meiner Meinung vorläufig ganz und gar nicht zu denken, denn das würde noch zu vielen anderseitigen Schwierigkeiten Anlaß geben. Der Chinese ist nun einmal an eine zentrale Regierung gewöhnt. So ist es unter dem bisherigen Kaiserreich uns und unserem Handel am günstigsten.

Was nun Ihren Feldzug anbelangt, so hüten Sie sich vor Allem vor Unterdrückung des Gegners. Der Chinese ist, wie mir Hauptmann Rauve gesagt, ein braver Soldat, der auch am Schießen Freude hat, und in der Hand tüchtiger Führer ein nicht zu unterschätzender Gegner, mit den modernsten Waffen ausgerüstet und gut von europäischen Instruktoren ausgebildet. Herr Major! Sie werden die Herren eingehend über das Wesen, über die Taktik und Geschicht der Chinesen instruieren. Bilden Sie sich stets ein, einen gleichwertigen europäischen Gegner vor sich zu haben. Aber vergessen Sie auch seine Hinterlist nicht. Behandeln Sie ihn gut, dann er ist in die Finger zu wickeln; aber er hat ein viel zu ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl, um scheinbar ungerechte Schläge und schlechte Behandlung zu ertragen. Vor Allem warne ich vor Zersplitterung der Kräfte; dem Admiral Seymour würde es nicht so ergangen sein, wenn er nicht mit 2000 Mann gegen eine Millionenstadt vorgegangen und außerdem besser unterrichtet gewesen wäre, was um so bedauerlicher ist, als Seymour schon als Seekabett bei der Einnahme der Takforts mitgekämpft hat und die Erfahrungen, die er vor 40 Jahren gemacht hat, auf seine jetzige Lage hätte übertragen müssen.

Eins möchte ich Ihnen noch ans Herz legen, meine Herren. Wir können dariu von den Engländern lernen, die hierzu sehr praktisch sind und gerade in den letzten Monaten viele Truppentransporte gehabt haben. Machen Sie mit Ihren Leuten recht viele Laufspiele, damit sie nicht mit erschöpften Körper nach dem guten Essen und der geringen Bewegung plötzlich in die großen Anstrengungen hineintreten.

Im Verkehr mit Offizieren anderer Nationen sollen selbstverständlich alle politischen Gesähe weg. Ob Engländer oder Russe, Franzose oder Japaner, wir kämpfen Alle gegen denselben Feind zur Aufrechterhaltung der Zivilisation; wir besonders für unsere Religion. Machen Sie dem deutschen Namen, der Flagge und mir Ehre. Und nun, meine Herren, glückliche Reise!

Die Rede steht in wohlthuendem Gegensatz zu jener anderen an die Soldaten, die etwa zu derselben Zeit gehalten wurde und die doch einen so ganz anderen Ton anschlug. Es scheint danach, als habe sich der Kaiser von seinem Drohwort: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! losgesagt. Der Kaiser sagt jetzt den Offizieren, sie sollen die Chinesen gut behandeln. Also das genaue Gegenteil der früheren Haltung. Noch mehr, der Kaiser ist zu einer gewissen Verherrlichung Chinas gelangt. Er erkennt der chinesischen Bevölkerung den außerordentlichen Vorzug eines „ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühls“ zu. Um so widerspruchsvoller erscheint es, daß der Kaiser dem Brief zufolge fordert, die Offiziere sollten nicht ruhen, bis der Gegner, der aus beleidigtem Gerechtigkeitsgefühl Gegner wurde, zu Boden geschmettert auf den Knien um Gnade fleht. Nicht minder widerspruchsvoll erscheint die Darlegung des China-Programms in dieser Kaiserrede. In bürgerlichen Blättern versucht man jektamer Weise dieses Programm dahin zu deuten, daß es eine völlige Ueberwindung der Aufständigen des Kaisers mit der Politik des Grafen Bülow herbeiführt und die Befolgung vor gefährlichen Plänen bejätigt. Abgesehen aber davon, daß die Politik des Grafen Bülow darin berast, sich von den Ereignissen willenlos treiben zu lassen, bedeuten die Absichten, die der Kaiser ausspricht, keineswegs eine „Begegnung“ des chinesischen Unternehmers. Die Durchführung der kaiserlichen Absichten, insbesondere die ge-

waltsame Einsetzung einer starken Regierung, birgt unübersehbare Schwierigkeiten in sich. Es ist nicht abzusehen, wie das ausgeprägte Gerechtigkeitsgefühl der chinesischen Bevölkerung dulden wird, daß die Bekämpfer der Fremdherrschaft niedergeschmettert und eine Regierung von fremder Gnade aufkotzt werde.

Der offiziöse „Hamb. Corr.“ bemerkt zu dieser Kaiserrede: Die Worte des Kaisers seien in dieser Form nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Das gelte speziell von der an dem Vorgehen des Admirals Seymour geübten Kritik. Es sei nicht unmöglich, daß dem betreffenden Offizier aus seiner Handlungsweise Unannehmlichkeiten erwachsen, wenn er auch bona fide (in gutem Glauben) gehandelt und den Brief nicht zur Auslieferung an eine Zeitung geschrieben habe.

Wirtschaftlicher Niedergang. In Aachen hat sich die Lage der Textilindustrie so verschlimmert, daß nach der Berechnung aus bürgerlichen Kreisen über 2000 Textilarbeiter ohne Beschäftigung sind. Bürgerliche Zeitungen schreiben, daß die Kalamität schon jetzt einen bedrohlichen Charakter annehme, und die Meldungen vom internationalen Markte lauteten so trübe, daß noch gar keine Aussicht auf eine Beendigung des bedauerlichen Zustandes vorhanden sei. Vom englischen Textilmarkt wird aus Bradford berichtet, daß sich die Textilindustriellen aller Zweige und in den verschiedensten Distrikten genötigt gesehen haben, noch weiterhin, sofern das bisher noch nicht geschehen ist, den Betrieb einzuschränken. Nach dem Kontinente wurden auf dem englischen Markte wenig neue Aufträge von Bedeutung abgeschlossen. Infolge der Wirren in Ostasien ist den Fabrikanten ein sehr bedeutendes Absatzgebiet entzogen worden, für das sie in andern Ländern schwer Ersatz finden können. In der Baumwollindustrie hat die Krise, da nach dem Osten jeder Absatz fehlt, noch größere Fortschritte gemacht. Wohl gemerkt, das schreiben bürgerliche Zeitungen, die sonst Schwärmer für die Weltpolitik sind. Und daß die Textilindustrie nicht allein in Aachen darnieder liegt, geht aus den Arbeiterentlassungen in der Bergwerkindustrie hervor. Der „Aachener Volksfreund“, ein bürgerliches Blatt, ruft nach der sozialen Kommission, das Elend in den Familien dürfe nicht überhand nehmen! Hier sind die Folgen der Weltpolitik, die die böse Sozialdemokratie im voraus kommen sah.

Ein Generalleutnant Gottes. Der Kaiser nannte sich in seiner letzten Sparenberger Rede einen „Statthalter Gottes“. Vielleicht ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß einer der Vorfahren Wilhelms sich einmal als „Generalleutnant Gottes“ bezeichnete. Friedrich II. schrieb nämlich einem Freigeist, der stark in Atheismus machte: „Er ist ein Narr oder Anarchist, und wenn er dergleichen Sachen unter das gemeine Volk verbreitet, so lasse ich ihn einsperren; der Teufel würde in die Leute fahren, wenn sie nicht mehr in die Kirche gingen. Wenn Sie an einen Oberkaiser über Himmel und Erde nicht mehr glauben, ihm den Gehorsam aufkündigen, vor der schwarzen Birne seiner Leibdiener, der Pfaffen, keinen Respekt mehr haben, werden sie mich dann noch für seinen Generalleutnant und Oberkommandanten, den er über Preußen gesetzt, ansehen, für mich schwören und sich todtschießen lassen?“

Die deutschen Hausagrarien hielten in voriger Woche in Erfurt eine Zusammenkunft ab, in welcher sie sich gegenseitige Belehrung über zweckmäßige „Wahrung der Interessen der städtischen Grundeigentümer“ zu Theil werden ließen. Für weitere Kreise interessant sind die Auseinandersetzungen über die Streik Klausel, d. h. über die Kontraktbedingung, daß Konventionalkontrakte wegen verspäteter Fertigstellung eines Baues nicht in Kraft treten, wenn ein Streik die Verzögerung veranlaßt. Das Referat hatte Kanzleirath Hähne-Weipzig, der bedauerte, daß sich nicht ein Fachgenosse als Referent gefunden habe und gestand ein, daß ihm zur Beurteilung der Sache das Material aus Arbeiterkreisen nicht zur Verfügung gestanden habe. In Hausbesitzerkreisen habe sich bisher nur ein Widerspruch gegen die Streik Klausel, und zwar vom Dozenten an der technischen Hochschule, Dr. Hülse, gefunden. Es liege ihm fern, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschneiden; man habe aber die Pflicht, gegen frivole Streiks Stellung zu nehmen. Es komme nur darauf an, inwieweit die Klausel im Interesse der Bauherren liege und welches besondere Interesse die Hausbesitzer daran haben. Er halte die Klausel für im allgemeinen Interesse liegend, den Arbeitern würde der Anreiz zum Streifen fehlen, wenn sie wüßten, daß der Arbeitgeber den Ereignissen mit einer gewissen Ruhe entgegen sehen könne. Die Gefahr, daß Arbeitgeber die Situation ausnützen würden, liege nicht vor, da dieselben während des Streiks ebenfalls nichts verdienen und aus Selbsterhaltungstrieb schon bis zur äußersten Grenze der Bewilligungen gehen würden. Daß man mit der Streik Klausel auf dem rechten Wege sei, gehe aus dem Widerspruch der Sozialdemokratie hervor, deren Agitation damit das Handwerk erschwert werde. Im Interesse der Hausbesitzer liege die Streik Klausel insofern, als die Mehrzahl aller Baugewerksmeister Mitglieder des Verbandes sei, dann würden aber auch die Hausbesitzer durch allzu große, gegen die Arbeiter an den Tag gelegte Willkür geschädigt, weil sich dadurch das Bauen vertheuere. (?) Der Referent empfahl den Antrag: Der Zentralverbandstag wolle beschließen, die Einführung der Ausstands Klausel in Bauverträge als

im Interesse der Werkmeister und Hausbesitzer zu erklären. Der Korreferent Herr Stadtverordneter Reumann-Altona hielt die Streik Klausel für ein Kampfmittel der Unternehmer gegen die Arbeiter, gegen dessen Anwendung er nichts einzuwenden habe, doch müsse er vor einer Stellungnahme der Hausbesitzer warnen. Er hoffe noch aussprechen zu dürfen, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen berechtigt seien, ohne in den Verdacht zu kommen, Sozialdemokrat zu sein. Die Arbeiter haben sich ihre Stellung durch ihre Organisation erobert, mögen die Arbeitgeber denselben in puncto Organisation folgen. Die Hausbesitzer haben keine Ursache, sich in die gewerblichen Kämpfe und Streitigkeiten der Arbeiter zu mischen. Die Streik Klausel sei keineswegs als das Universalmittel zu betrachten, für welches sich die Hausbesitzer in's Geschirr zu legen hätten. Es bestände sogar die Gefahr, daß die Werkmeister im Widerstande bestärkt und damit der wirtschaftliche Krieg verlängert würde. Ueber die Frage, was gerechte und ungerechte Forderungen der Arbeiter seien, wollten doch jedenfalls die Arbeitgeber entscheiden. Er bitte um Uebergang zur Tagesordnung. Dem Redner schloß sich Architekt Zahrmann-Leipzig mit seinen Ausführungen an; er erkenne zwar an, daß der Arbeitgeber eines Schutzes bedarf, dieser müsse jedoch in der Unternehmerorganisation gefunden werden. Eine Zustimmungserklärung widerstreite dem Charakter der Hausbesitzervereine, die erklärten, keine Kampvereine sein zu wollen; zu den vielen Feinden der Hausbesitzer würden sich noch neue gesellen. Die Stellungnahme für die Streik Klausel sei eine Preisgebung der Hausbesitzerinteressen. Herr Küster-Hannover bemerkte, daß die Streiks in den meisten Fällen von Arbeiterorganisationen vom Baue gebrochen seien und eine Gefahr für unser Nationalvermögen bilden, da die Arbeitszeit ständig beschränkt würde. Die Hausbesitzer hätten das größte Interesse an der Klausel, da die Werkmeister doch nur vorübergehend die Lasten trügen; so habe er durch den letzten Streik, der ihn betroffen, 18 000 Mark verloren, aber auf die Dauer würden natürlich die Lasten auf den Bauherren abgewälzt und das Bauen vertheuert. Baumeister Döbler-Berlin, der Vorsitzende des Verbandes Berliner Baugeschäfte, erklärte, daß die Unternehmer zu diesen Schutzmaßnahmen gezwungen seien, wollten sie anders ihre Autorität auf dem Bau aufrecht erhalten. Durch jahrelanges planmäßiges Vorgehen der Arbeiter, deren Agitatoren ein Interesse am Schüren der Unzufriedenheit hätten, würden die Unternehmer einzeln abgemurkt. Da jeder Baum sich krümme, wenn er getreten werde, so seien auch sie endlich zu Abwehrmaßnahmen, zur Streik Klausel gekommen. Die Einführung derselben liege nicht nur im Interesse der Werkmeister, sondern sei eine Frage deutsch nationaler Natur. Die Streik Klausel sei ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie und da dürften die Hausbesitzer nicht zurückstehen. Herr Rudolf-Leipzig machte einen Vermittlungsvorschlag. Er will die Streik Klausel eingeführt haben, wenn der Bauherr den Schaden nicht zu tragen braucht. Lehrer Schulze-Berlin war für die Streik Klausel; er kann nicht einsehen, warum man Rücksicht auf die Sozialdemokratie nehmen solle, in deren Interesse die Ablehnung der Streik Klausel liege. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages mit 68 gegen 66 Stimmen. Da aber festgestellt wurde, daß als Gäste anwesende Bauinteressenten mitgestimmt hatten, wurde der Beschluß für nichtig erklärt und von einer Stellungnahme überhaupt abgesehen. — Daß die Hausagrarien sich im Herzen eins fühlen mit den Scharfmachern, geht aus den Reden deutlich genug hervor, brauche übrigens auch nicht einmal aufs Neue bewiesen zu werden. Da aber Interessen gegen Interessen standen — Geldbeutelinteressen natürlich, denn andere kennen die Herrschaften nicht — kam es zu einer Stellungnahme nicht. Dem Einzelnen ist es überlassen, ob er den Klasseninstinkt oder den pekuniären Vortheil als Richtschnur nehmen will.

Kleine politische Nachrichten. Wie nach Berliner Blättern verlautet, finden unter den Mächten Verhandlungen wegen Schaffung einer besonderen internationalen Anarchistenpolizei statt, die sich ausschließlich mit der Bewachung der Anarchisten beschäftigen soll. Solche Verhandlungen sind auch schon 1898 erfolgt; man hat aber über ihre Resultate nie Sicheres gehört. — Aus Stockholm kommt folgende Kunde: Ein selbst abend des Feldgewehr ist von einem schwedischen Offizier erfunden und bei der Armee probirt worden. Gemäß offizieller Erklärung ist das Problem praktisch gelöst. Und das ein Jahr nach der Haager Friedenskonferenz! — Ueber einen Unfall auf dem Transporthampfer „Frankfurt“ meldet ein Telegramm des „B. V. A.“ aus Tientsin: Der Geesoldat Carl Klaus stürzte in den Kohlenraum und erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß er sofort verstarb. Die Vererbung des Unglücklichen hat hier stattgefunden. — Alexander Gieseler, Mediziner der „Frankf. Ztg.“ hat Mittwoch nach Verbüßung der in Darmstadt wegen Verleumdung des heftigen Justizministers Dittmar gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 6 Monaten das Strafgefängnis Büsbach verlassen und ist in die reichsdeutsche „Freiheit“ zurückgekehrt. — Dänemark hat jetzt ebenfalls die Waffen- und Munitionsausfuhr nach China verboten. — Zur Revision des Bolivar's hat die holländische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht. Der allgemeine stiftliche Charakter des gegenwärtigen Tarifs wird beibehalten. Es wird ein Normalsatz von 6 pCt. für fertige Fabrikate, ein gemäßigterer für Halbfabrikate vorgeschlagen. Der Zoll für Cigarren soll 6 pCt. betragen. — Der kürzlich nach Batna in Algerien strafversetzte Oberst Bougon wurde, nach einer Meldung aus Paris, seines Amtes enthoben, da er seine Vernehmung in einem Briefe als „unqualifizierbaren Akt der Regierung“ bezeichnet hatte. — „Daily Express“ zufolge steht ein allgemeiner Aufstand der marokkanischen Muselmänner gegen Frankreich bevor. Die Muselmänner wollen die chinesischen Wirren zu einem Angriff gegen die Franzosen benutzen. — Das rumänische auswärtige Amt hat an den Sultan als Sugeran Bulgariens eine Note gerichtet, die unter dem Nachweis des

verbrecherischen Treibens des macedonisch-bulgarischen Revolutionskomitees die Zerstückung dieses gefährlichen Heerdes unausgelester Antentate gegen die öffentliche Ruhe und persönliche Sicherheit als Vorbedingung für die Vermählung Rumäniens verlangt. — Der Staat Nord-Carolina hat nach dem Vorbild mehrerer anderer südlicher Staaten einen Zusatz zur Verfassung angenommen, der die Regier., die nicht lesen und schreiben können, vom Wahlrecht ausschließt. Weisse Analphabeten dürfen ihr Wahlrecht nach wie vor ausüben. Die Zahl der Letzteren betrug nach dem Censur von 1890 75 000. Man glaubt, daß der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten diesen Zusatz als mit der Bundesverfassung im Widerspruch stehend kassiren wird.

Afrika.

Neben die Kämpfe bei Kumassi liegt eine detaillierte Nachricht des „Reuterschen Bureaus“ aus Bekwai vor. Die Abtheilung von 740 Mann, die am 4. August unter Oberstleutnant Burroughs nach Kumassi abging, um die dortige Garnison mit neuem Proviant für 2 Monate zu versehen, ist inzwischen nach Bekwai zurückgekehrt, nachdem sie am 7. August das eine Meile von Kumassi entfernte, durch drei Schanzens besetzte Ushantislager erstürmt und den Feind mit großen Verlusten mit dem Bajonnet zurückgeworfen hatte. Die britischen Verluste waren: Major Cobbe von den zentralafrikanischen Schützen und Fahnen-träger Foster von der westafrikanischen Grenztruppe schwer verwundet und Major Kellis und Leutnant Biss, beide von der westafrikanischen Grenztruppe, leicht verwundet. Von den indischen Sikhs und den Soldaten, die gerade von Ostafrika angekommen waren, fiel einer, während ein anderer gefährlich, sieben schwer und neun leicht verwundet wurden. Einer Meldung des Heroldschen Depeschsbureaus zufolge beziffern sich die Gesamtverluste der britischen Kolonialtruppen in den verschiedenen Kämpfen um Kumassi auf 115 Tote, 689 Verwundete und 39 Vermisste. — Trotz der verschiedenen Schlappen ist die Widerstandskraft der Ushantis noch keineswegs gebrochen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Die in London so sehnlichst erwartete Nachricht, daß der schneidige Guerrillakriegsführer Dewet endlich gefangen sei, läßt noch immer auf sich warten. Seine Abtheilung scheint im Gegentheil nicht unbeträchtlich angewachsen zu sein. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Kapstadt meldet wenigstens, daß die Abtheilung jetzt mindestens 3500 Mann stark ist und 10 Geschütze, darunter zwei 5-Pfünder, mit sich führt. Von Osten her stoßen noch immer mehr Buren zu der Abtheilung. Dewet soll Mangel an Zucker und Kaffee haben, dagegen Ueberfluß an Fleisch und Mehl. Sein Transporttrain besteht aus 22 Wagen. Man glaubt, daß ungefähr 1000 von Dewets Leuten kampffähig sind. Die Nachricht, daß Oberleutnant Hoare mit 300 Mann bei Glandsdörfer gefangen worden sei, bestätigt sich nicht. Nach einer Meldung der „Daily News“ befindet er sich vielmehr mit allen Vorräthen in Sicherheit; er hatte einige Verluste. Es ist aber immerhin bezeichnend für die Zerfahrenheit der Verhältnisse im westlichen Transvaal, daß selbst Lord Roberts einige Zeit Hoare für gefangen halten konnte. Ganz unklar ist nun, welche Rolle eigentlich General Carrington gespielt hat, der, wie es erst hieß, Hoare vergeblich zu entsetzen versuchte.

Ein Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Pietermaritzburg meldet, daß die Buren die Telegraphenlinie sieben Meilen von New Castle abgeschnitten haben. Der englische Vorposten hatte von dieser That nichts bemerkt und auch die Urheber davon nicht ausfindig machen können.

Nach einem Telegramm aus Kapstadt trat der deutsche Militäratnachrichtschreiber v. Lüttich, der dem Feldzuge in Südafrika beizuhilfen, am 9. August auf dem Dampfer „Norman“ seine Rückreise nach Europa an.

Die „Verriäter-Vill“ im Kapparlament. Die geschehene Versammlung lehnte mit 46 gegen 38 Stimmen einen Antrag ab, einen Ausschuß zu wählen, der eine Untersuchung über die Ausführung des Krieges rechts anstellen soll. Scheiner und Salomon stimmten mit der Regierung, deren Majorität größer war, als angenommen wurde.

Die Einwanderung kapländischer Buren nach Deutsch-Südafrika ist, wie aus Kapstadt gemeldet wird, in vollem Gange. Ein englischer Farmer, der seit etwa 20 Jahren bei Warmbad in Namaqualand ansässig ist, berichtet deutschen Blättern, daß unter den Buren der nördlichen Kolonie eine langsame, aber tiefgehende Auswanderungsbewegung eingeleitet hat: Die Buren treffen; nicht heerartig, wie bereits über Orange und Baal, sondern in kleiner Gruppen von 3—4 Familien. Ihr Ziel ist das deutsche Gebiet jenseits des großen Flusses und die deutsche Regierung nimmt sie unbeanstandet auf, soweit sie sich den Landesgesetzen unterordnen, was fast ausnahmslos der Fall ist. Die neuen Einwanderer sind durchweg wohlhabende Herdenbesitzer mit 500—1000 Rindern. In diesem Punkte erfüllen sie die erste Bedingung, daß nämlich nur wohlhabende Buren zugelassen werden sollen, vollaus. Das Gesetz zwingt sie aber ferner auch zum Ankauf von Ländereien und dem Bau von Wohnhäusern, um dadurch ihre Schaffstätigkeit verbürgt zu sehen. Bisher sind etwa 200 Buren in den letzten Monaten eingewandert und der Zuzug hält ununterbrochen an, ja aller Wahrscheinlichkeit nach wächst er sogar. Die deutschen Behörden sehen der Bewegung sympathisch gegenüber und kommen mit den Buren gut aus.

China.

Die Wirren in China. Aus Peking sind sowohl Privat- als auch amtliche Nachrichten eingetroffen, aus denen leider mit großer Bestimmtheit hervorgeht, daß die Gesandten auf's Neue beschossen werden. Der französische Gesandte Pichou sandte an seine Regierung folgendes, vom 9. August datirte Telegramm: „Das Tschung-Yamen theilte uns mit, daß Li-Hung-Tschang beauftragt ist, telegraphisch mit den Mächten zu unterhandeln. Wir wissen absolut nicht, was außerhalb der noch stehenden Gesandtschaften geschieht, denn wir sind von Barrikaden eingeschlossen und feindlichen Schanzwerken umgeben. Wie könnte man sich aber auf Verhandlungen einlassen, ohne daß das diplomatische Korps in seine Rechte wieder eingesetzt und ohne daß das Gebiet der Gesandtschaften von den Chinesen geräumt ist! Wenn die Verhandlungen den Vormarsch der verbündeten Truppen aufhalten sollten, die unsere einzige Rettung sind, laufen wir Gefahr, in die Hände der Chinesen zu fallen. Der Stadttheil, worin die französische Gesandtschaft liegt, wird noch immer von chinesischen Truppen besetzt gehalten, die das Feuer nie ganz einstellen. Alle Räume der Gesandtschaft mit ihrem Inhalt sind verbrannt. Wir sind auf Belagerungskost gesetzt; als Nahrungsmittel haben wir Pfeilweizen, Reis und Brod für noch etwa 14 Tage.“ In Rom ist ferner durch Vermittelung des chinesischen Gesandten in London eine vom 9. August datirte Depesche des italienischen Gesandten in Peking eingetroffen, die meldet: Die Ernennung Li-Hung-Tschang's zum Friedensunterhändler wurde dem italienischen und den übrigen Gesandten in Peking mitgeteilt. Die Chinesen, heißt es in der Depesche, fahren fort, die englische Gesandtschaft zu beschießen. Endlich wird der Londoner „Central News“ noch aus Schanghai vom Dienstag ge-

meldet: Eine authentische Depesche aus Peking, 7. August, ist hier eingetroffen, welche lautet: „Die Angriffe auf die Gesandtschaften sind erneuert, die Lieferung von Nahrung ist eingestellt.“ Die Beamten in Schanghai fürchten, daß Vorräthen der Verbündeten habe die Fanatiker neu erregt, jedoch man die Kontrolle über die Rebellen verloren hat. Man glaubt, die Verbündeten würden gestern (Montag) Abend Peking erreicht haben.“ Auch in Washington ist eine Nachricht aus Peking eingetroffen, doch hält man sie unbegrifflicher Weise geheim. Indessen behauptet das Newyorker „Journal“ von dem Inhalt der Conger'schen Depesche Kenntniß genommen zu haben. Danach soll das Conger'sche Telegramm zeigen, daß die chinesische Regierung direkt verantwortlich ist für die Angriffe auf die Gesandtschaften und daß kaiserliche Truppen gegenwärtig den Verbündeten entgegenmarschiren.

Nach einer Meldung der „Central News“ sollen die Vizekönige Li-Hung-Tschang, Liu-Ku-nhi und Tscheng-Schüung an die Kaiserin-Wittwe eine Denkschrift geschickt haben, worin sie die Kaiserin bitten, in Peking zu bleiben und nicht vor den heranrückenden Verbündeten zu fliehen. Ob die Kaiserin-Wittwe dieser Vorstellung Gehör geschenkt hat, wird nicht gemeldet, wohl aber daß Prinz Tuan, der „Vizekönig“, und gegen 100 chinesische höhere Beamte Peking auf die Nachricht vom Siege der Entschärfung verlassen haben sollen. Wie übrigens weiter noch berichtet wird, hat Tuan jeden Hinrichten lassen, der Lebensmittel an die Fremden lieferte oder ihnen sonst Sympathie bewies.

Auf dem Vormarsch gegen Peking sind, wie die Konsuln Rußlands und Englands in Tschifu übereinstimmend erklären, die Entschärfung ohne weitere Kämpfe am 9. August bis ungefähr nach Aying gelangt, das von Peking 50 Kilometer entfernt ist. Diese authentische Nachricht ist jedoch inzwischen überholt durch die bereits bekannte Meldung, wonach am Sonntag die Entschärfung nur noch 25 Kilometer von Peking entfernt waren. Nach einer amtlichen Berliner Meldung aus Tientsin hofften die Verbündeten, nachdem sie Hohsiu genommen und sofort die Verfolgung des fliehenden Feindes, der von Hung befehligt wurde, aufgenommen hatten, bis zum vergangenen Sonntag auf 60 Li (1 Li gleich 575 Meter), also bis auf 34 Kilometer vor Peking zu gelangen. Zur Abschneidung der chinesischen Rückzugslinie auf Baotingfu ließ Kavallerie nach Süden vor. Der englische Admiral Bruce hielt aus Tatu mit, er habe folgendes Telegramm des britischen Generals in Hohsiu vom 10. d. M. erhalten: Die verbündeten Truppen sind 27 englische Meilen von Peking entfernt und trafen beim Feinde geringen Widerstand. Der Feind hatte zwar Vertheidigungsstellungen vorbereitet, floh jedoch, als die Verbündeten heranrückten. Die tartarische Kavallerie wurde von 2 Schwadronen Unanen angegriffen. Viele Feinde fielen, mehrere Fahnen sind erbeutet. Die Verbündeten sind durch die Hitze erschöpft, sonst ist der Gesundheitszustand und Geist der Truppen ausgezeichnet. Eine Depesche des amerikanischen Admirals Kemeys aus Tatu vom 12. d. M. meldet: Ich erhielt eine datirte Depesche des Generals Choffee aus Katow (?), die besagt, wir trafen Sonntagabend auf einen unbedeutenden Widerstand, es herrschte jedoch eine entsetzliche Hitze. Kemeys schießt, viele unserer Truppen liegen krank darnieder. Katow liegt etwa 12 Meilen jenseits von Hohsiu und ist in den Karten des Kriegsbüreau's verzeichnet als der schlimmste Vegetationsstreifen zwischen Tientsin und Peking. — Das dicke Ende kommt also schon!

Für das Entscharfungs-korps wurden deutscherseits Verstärkungen nachgeschickt. Der zweite Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders meldet darüber aus Tatu vom 12. August: Kapitän Pohl, Kommandant der „Gama“, ging am 9. August Abends mit 4 Offizieren und 107 Mann von Tientsin nach Peking vor. Kapitänleutnant Hecht, erster Offizier der „Gertha“, folgte am 10. August Nachmittags mit 2 Offizieren und 150 Mann und Proviant. Wasser und Troß folgten. 160 Oesterreicher folgten Pohl am 10. August früh von Tongku.

Nach den letzten Nachrichten des russischen Generals Senewitsch rasteten die Truppen einen Tag nach der Einnahme von Yangtjun. Am 7. August morgens 6 Uhr brach eine Vorhut auf, machte trotz sehr unpassender Straßen einen Eilmarsch von neun Meilen und schlug bei Kantaitzu, ungefähr 50 Meilen von Peking, eine Abtheilung Chinesen nach anderthalb Stunden in die Flucht, welche die Waffen wegwarfen und nach Peking flohen. Senewitsch begann darauf sofort den Vormarsch aller Truppen in drei Kolonnen mit Kosaken-Kundschaften an der Spitze und an den Flanken. Nachdem am 9. August Hohsiu besetzt war, ging der Vormarsch auf Wutshang weiter ohne viel Widerstand. Trotz schlechter Straßen, welche die Japaner repariren, geht der Vormarsch der Artillerie befriedigend. Die chinesischen Truppen sind jetzt bei Hsianghohsien (vielleicht Hsianghahs?) konzentriert, wo ein Kampf erwartet wird.

Der Landung englischer Truppen in Schanghai hat sich der Vizekönig widersetzt. Die aus Hongkong angelangenen englischen Truppen sind in Folge dessen dem „Reuterschen Bureau“ zufolge nicht gelandet worden. In Schanghai sind am Dienstag die russischen Kriegsschiffe „Koriloff“ und „Gremyastschy“ und das französische Kriegsschiff „Charner“ eingetroffen.

Aus Hongkong meldet Reuters vom 14. August: Ein Dampfer vom Westküste meldet: Zahlreiche chinesische Truppen, wahrscheinlich Schwarzflaggen, ziehen stromaufwärts. In der Nähe von Swatau dauern die christenfeindlichen Unruhen an. Der Kreuzer „Moham“ befindet sich jetzt dort zur Schutze der Ausländer. Das französische Kanonenboot „Alouette“ ist von Saigon hier eingetroffen. Die Kriegsrüstungen in Kanton werden fortgesetzt, die Vorbereitungen zur Errichtung von Verschanzungen bei Whampoa werden vervollständigt und Minen längs des Flusses gelegt.

Die Nachricht, die koreanische Regierung stimme der Entsendung japanischer Truppen nach Korea zu, ist, nach einer Reutersmeldung, verfrüht. Indessen dürfte es sicher sein, daß Truppen entsandt werden, falls die Unruhen fortauern.

In mehreren Berliner Abendblättern liegen übereinstimmende Meldungen dahin vor, daß zur Uebertragung des Oberbefehls an den Grafen Waldersee über die verbündeten Streitkräfte in der Provinz Tschili eine befriedigende Erklärung der französischen Regierung Dienstag Abend eingegangen sei. — Da Wolff diese Meldung verbreitet, darf man annehmen, daß die Zustimmung seitens Frankreichs thatsächlich jetzt erfolgt ist.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 16. August.

Werstarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernete, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Trüb den übermüthigen Scharfmachern!

Parteitage. In der gestrigen öffentlichen Parteiverammlung wurden als Delegirte gewählt für den schleswig-holsteinischen Parteitag in Kiel Genosse Kasch, für den mecklenburgischen Parteitag die Genossen Pape, Schwarz und Kasch, für den Parteitag in Mainz Genosse Friedrich und für den internationalen Arbeiterkongreß Genosse Schwarz. Zum mecklenburgischen Parteitag ward ein Antrag Effinger angenommen, die Kalendervertheilung in

Zukunft in der ersten Hälfte des Novembers stattfinden zu lassen, zum Mainzer Parteitag ein solcher, den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten. Ein auf Programmänderung abzielender Antrag Riebesahm ward abgelehnt.

Vom Parteihaushalt. Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei Lübecks hatte seit dem 1. März ds. Js. laut gestern verlesener, geprüfter und für richtig befundener Abrechnung incl. des Kasienbestandes eine Einnahme von 7112,90 M. zu verzeichnen. Die Ausgabe betrug 4893,55 M., sodaß ein Bestand von 2219,35 Mark verblieb.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Mainzer Parteitag wird von den „Lüb. Anz.“ in zwei Artikeln abgehandelt, auf die näher einzugehen Zeit vergebend hieße. Nur zur Kennzeichnung, wie verschieden politische Blätter nationalliberaler Couleur über ein und dasselbe zu urtheilen verstehen, sei der Schluß wieder-

gegeben: „Die einzelnen Abschnitte, die diesen zahlenmäßigen Nachweisen vorangehen und sich über die Betätigung der Partei im Lande und ihre angeblichen Fortschritte auslassen, insbesondere bei der Besprechung der letzten Reichstagsnachwahlen, alle verathen den Stillstand, trotz der tendenziösen Darstellung der einzelnen Vorgänge und Verhältnisse, die im Laufe des Jahres von Fall zu Fall in der Parteipresse hat konstatirt und mit ausreichendem Material abgemessen werden können. Darum wird beim Abschluß über die Reichstagswahlen vermieden, die abgegebenen Stimmen zusammenzuzählen; es würde sich daraus in vielen Bezirken sogar der Rückgang der Partei ergeben haben. Die Tendenz der Arbeiterbewegung liegt offensichtlich nicht mehr in der unersüßbaren Negation; sie dringt auf positive unmittelbare Verbesserung der Verhältnisse, was auch darin hervortritt, daß die Gewerkschaftsorganisationen über ausgiebige Geldmittel verfügen. Diese Zeichen der Zeit wollen beachtet sein. Sie befunden, daß die Zugkraft der „revolutionären Idee“, womit zuvor hauptsächlich die Agitation in Gang gehalten worden ist, in der Gefolgschaft schwindet, und daß die Gegenwart der bürgerlichen Gesellschaft erfolgreich einzulegen vermag.“

So der fromme Wunsch des Lübecker Amtsblattes. Dahingegen schreibt das nationalliberale Weltblatt, die „Alln. Ztg.“:

„Im Ganzen und Großen muß man sagen, daß der Parteivorstand ein Bild von einer ungläubigen Thätigkeit entwirft. Wenn auch nicht an allen Stellen ein Aufsteigen der Sozialdemokratie zu beobachten ist, sondern vielmehr im Allgemeinen eine bloße Behauptung des Bestandes und ab und zu auch ein Rückschlag, so ist das für die bürgerlichen Parteien kein Grund, die Hände in den Schooß zu legen. Wer diesen Bericht aufmerksam liest, wird erkennen, daß keine Partei über eine so vorzügliche, mit den reichsten persönlichen und sachlichen Mitteln ausgestattete Organisation verfügt. Gerade denjenigen Persönlichkeiten, die in den anderen bürgerlichen Parteien sich besonders mit Organisationsfragen beschäftigen, empfehlen wir den Bericht aufs Dringendste. Sie können daraus ersehen, wie es bei den Sozialdemokraten gemacht wird und wie es auch bei den Anderen gemacht werden sollte. Wenn wir in dieser Beziehung vom Feinde lernen, so wird der sozialdemokratische Bericht auch für uns nicht umsonst geschrieben sein.“

Wer hat nun Recht? Der Drehscheibenpresse geht's, wie dem kleinen Polen Krippekranski: „Balb so, balb so, wie's trifft!“

Zur Ablehnung des Antrages Pape. Deutsches Recht, gebrochen in Deutschland. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ lesen wir aus der Feder des Justizraths Dr. Staub folgende bittere Anklage gegen Lübeck:

„Der Lübecker Senat hat das Streikpostenstehen durch Polizeiverordnung verboten. Es ist nun mehrfach, insbesondere von wissenschaftlicher Seite (vergleiche z. B. v. Wucher in Nr. 14 S. 308 dieser Zeitung) u. E. unvordrücklich dargelegt worden, daß dieses Verbot in seiner Allgemeinheit, indem es jedes Streikpostenstehen, nicht bloß irgend welche ordnungsgefährdende Arten desselben, verbietet, sich mit den Reichsgesetzen nicht verträgt. Aber die Bürgerchaft der Stadt Lübeck ist anderer Meinung — eine Freiheit, sich über die Reichsgesetze hinwegzusetzen, die sich nur eine freie Stadt erlauben kann.“

Gegen den Rechtsbruch, der in China begangen worden ist, so fügt die „Volksztg.“ hinzu, macht halb Europa, Deutschland an der Spitze, mobil. In Lübeck wird Tausenden von Arbeitern ein vom Reiche verbürgtes Recht genommen. Was wird geschehen, um diese Verletzung nationalen Rechts zu sühnen und aus der Welt zu schaffen? Rührt sich kein Bundesstaat, um den Bundesrath zu ersuchen, dem in Deutschland gültigen und verbürgten Recht in Deutschland selbst Achtung zu verschaffen?

Sozialdemokratischer Parteibyzantinismus — dieses grotesk-fomische Wort prägt nationalliberale Verlegenheit am Grabe Liebtnechts! Möge den bedauernswerthen Schluckern der Huppen gut bekommen!

ist die Vertheilung von Flugblättern am Sonntag straffällig? Mit dieser Frage beschäftigte sich am 8. d. M. die Ferienkammer II des Altonaer Landgerichts. Ein Arbeiter, der am Sonntag in der Umgegend von Altona Flugblätter ohne polizeiliche Genehmigung vertheilt hatte, war deswegen in eine Polizeistrafe von 10 Mark genommen worden. Der Angeklagte rief richterliche Entscheidung an und führte aus, daß er die öffentliche Ruhe nicht gestört und auch sonst keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben habe. Die Vertheilung habe er überdies ohne Lohn ausgeführt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Löwenthal, befürwortete die Freisprechung; die Vertheilung von Flugblättern zum Zwecke der politischen Aufklärung sei keine Arbeit im Sinne des Gesetzes; eine Aufklärung hätte in keinem Falle stattgefunden, und das religiöse Gefühl in seiner Allgemeinheit sei durch das Vorhaben des Beschuldigten nicht verletzt worden. Nach längerer Berathung kam das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Ein Schlaganfall machte gestern auf dem Bahnhof dem Leben des Hoteliers W., welcher im Begriff war, in die Sommerfrische zu reisen, ein Ende.

i- Unfall. Durch eine große Plastik, welche am Hause eines Glasermeisters in der Hundestraße angelehnt stand und umschlug, wurde ein Knabe Mierow stark verletzt. Das Kind wurde blutend in die Wohnung der Eltern getragen.

Der Kronsbeeren-Import aus den nordischen Reichen wird, da eine außerordentlich gute Ernte bevorsteht, in diesem Jahre zwar des starken Winters wegen etwas später beginnen, dafür aber um so umfangreicher werden. Wie berichtet wird, ist man in kaufmännischen Kreisen bereits in voller Tätigkeit, um das Geschäft in die Wege zu leiten.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Juli 1900. Geboren sind 217 Kinder, davon 105 männlichen, 112 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 4 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 68 Personen männlichen, 57 weiblichen Geschlechts, in Summe 125. Demnach Ueberschuss an Geburten 37 resp. 55, insgesamt 92. Auf 1000 Einwohner waren 33,56 Geburten, 19,33 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 52, von 1-5 Jahren 12, bis zu 10 Jahren: 1, bis zu 15: 1, bis zu 20: 0, bis zu 30: 3, bis zu 40: 6, bis zu 50: 11, bis zu 60: 10, bis zu 70: 12, bis zu 80: 12, bis zu 90: 4, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphtherie in 2, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 11, Lungentzündung in 4, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 6, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 28, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 11, angeborene Lebensschwäche in 8, Altersschwäche in 10, Unglücksfall in 8, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 2, Krämpfe in 6, Nierenleiden in 0, Wassersucht in 2, Schlagfluß in 2, Typhus in 0, Masern in 0, Scharlach in 0, sonstige Krankheiten in 24, unbekannt in 11 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 48, Vorstadt St. Jürgen 24, St. Lorenz 30, St. Gertrud 8, die Krankenanstalten 15.

Der Offenbarungseid leisteten im Juli vor dem hiesigen Amtsgerichte 7 Personen.

* **Entst.** In anzeigepflichtigen Krankheiten wurden im Fürstenthum im Juli gemeldet Scharlach in 13, Masern in 1, Keuchhusten in 4 und Diphtherie in 9 Fällen. Die Erkrankungen an Scharlach sind zahlreicher geworden gegenüber den vorhergehenden Monaten. Die Erkrankungsfälle traten zerstreut im Fürstenthum auf. Todesfälle sind nicht eingetreten.

Hamburg. Zur Aussperrung. Bei Blohm u. Bock sind 40 Tischler und 30 Holzarbeiter entlassen worden, 37 Holzarbeiter und 15 Heizer von Betriebsstellen haben niedergeworfen. Die Eisenindustriellen wer-

den voraussichtlich die Anrufung des Einigungsamtes nach echter Scharfmachermanier ablehnen.

Kiel. Der Neubau der Vereinsbäckerei zu Gaarden wird in den nächsten Tagen gerichtet. Er vereint Kraft und Schönheit und macht äußerlich einen imposanten Eindruck. Auch der innere Bau wird nach seiner Fertigstellung allen Anforderungen, die die heutige Technik und Hygiene an einen modernen Betrieb der Nahrungsmittelbranche stellt, entsprechen. Von den Räumen und Betriebseinrichtungen ist natürlich die im Parterre gelegene Backstube das Wichtigste des ganzen Betriebes. Eine hohe, weite Halle mit riesigen, auf einer Seite der Straßenfront zugekehrten Fenstern, gewährt dem Publikum eine Kontrolle des Betriebes. Neben der Backhalle liegt ein Zimmer für Badeeinrichtungen, wo nach gethener Arbeit die Angestellten sich erfrischen können. — Die Arbeitszeit der Bäcker ist bei Tag- und Nachtschichtwechsel eine achtsündige; die Löhne sind bedeutend höher, als diejenigen aller Konkurrenzunternehmen.

Flensburg. Die Zimmerleute der Schiffbau-Gesellschaft sind in den Streik eingetreten. — **Schreckliches Unglück.** In Hoirup erstickten in Abwesenheit der Eltern durch Ausbruch von Feuer drei Kinder im Alter von 1/2 bis 4 Jahren.

Bremen. Im Artilleriedepot zu Wilhelmshaven explodirte eine Revolvergranate. Drei Personen erlitten schwere Verletzungen.

Bremen. Geständniß. Der Heizer Stecheli, welcher nach der Maifeier d. J. den Maler Zimmer erschossen hat, gestand endlich nach hartnäckigem Leugnen seine That ein. — Der Jahresbericht des hiesigen Gewerkschaftskartells ist erschienen. Wir entnehmen demselben, daß etwa 9080 Arbeiter organisiert sind. Im letzten Jahre war nur eine Zunahme von 220 = 2,5 pCt. zu verzeichnen, gegenüber den politischen Erfolgen der hiesigen Arbeiterschaft ein nicht allzu erfreuliches Resultat.

Aus Nah und Fern.

Einen verdienten Vereinstag erfuhr kürzlich ein Geindevermiether zu Rathenow. Dieser hatte vor einiger Zeit Eingaben sowohl an die Polizeiverwaltung

als auch an den Regierungspräsidenten gerichtet, worin er auf die Nachteile der Anheben mit Kellerinnenbedienung hinwies und um die Genehmigung bat, ein Bordell zu errichten. Der Regierungspräsident erklärte eine solche Einrichtung für gesetzlich unzulässig. Die Eingaben hatten indessen einen Erfolg, welchen der Geindevermiether keineswegs erwartet hatte. Die Polizeiverwaltung erhob nämlich gegen denselben die Klage auf Unterjagung des Gewerbes als Stellenvermittler, da er durch seine Eingaben bewiesen habe, daß er nicht die für dieses Gewerbe erforderliche Zuverlässigkeit besitze. Der Bezirksauschuß erachtete auch die Klage für begründet und unterjagte dem Vermiether das be- regte Gewerbe, da aus seinen Eingaben klar erhelle, daß er ganz ungeeignet sei, weibliches Personal zu vermitteln. Diese Entscheidung bestätigte das preussische Obergerichtsgericht aus dem angegebenen Grunde.

Strafe muß sein. Wir lesen in der „Welt am Montag“: Ein Schlichtergeselle in Berlin Namens Otto Klink hat am Morgen des 27. April einen Straßenreiner überfahren, weil er eingeschlafen war. Als er deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt war, entschuldigte er sich damit, daß er damals innerhalb 24 Stunden nur 2 Stunden Schlaf genossen, die übrigen 22 (!) Stunden schwer gearbeitet habe. Da sei es kein Wunder wenn ihn der Schlaf übermannt habe. Der Gerichtshof verurtheilte ihn trotzdem zu einer Woche Gefängniß, weil er die Fahrlässigkeit darin fand, daß er in solchem Zustande die Führung des Wagens übernahm, statt seinem Meister zu sagen, daß er dazu unfähig sei. Das ist juristisch korrekt. Aber was weiß der Gerichtshof wohl von unseren sozialen Zuständen? Was würde der Meister gesagt haben, wenn der Geselle die Arbeit verweigert hätte? Wie lange hätte denn der Geselle die Arbeit wohl behalten? Preisfrage übrigens: Wenn ein Geselle, der 22 Stunden hinter einander beschäftigt worden ist, eine Woche Gefängniß bekommt, weil er eingeschlafen ist und Jemand überfahren hat, wieviel Jahre Gefängniß verdient dann der Meister, der den Gesellen 22 Stunden ausgebeutet hat?

Briefkasten.

H. B. Selbstverständlich müssen Sie die Steuern für dieses Vierteljahr noch bezahlen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 15. August

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1170 Stück. Preise: Sengschweine — Mt., Verlanoschweine, schwere: 51—52 Mt., leichte 52—54 Mt., Sauen 42—48 Mt. und Ferkel 47—51 Mt. pr. 100 Pfd.

Vitello-Margarine Pfund 70 Pfg.

(bester Ersatz für Meiereibutter)

Breitestraße 60a C. Harz Breitestraße 60a.

Am Dienstag den 14. August, Morgens 9 Uhr, entließ mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

Friedr. Plambeck

im Alter von 40 Jahren.

Liebstauert von mir und meinen Kindern.

Sophie Plambeck, geb. Martens.

Die Beerdigung findet am Freitag Morgen 8 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Für die uns zu unserer Silbernen Hochzeit so zahlreich zugegangenen Gratulationen und Aufmerksamkeit sagen

herzlichen Dank.

F. Meinburg und Frau,

geb. Bisdorf.

Ein Logis zu verm. Böttcherstr. 34.

Logis zu verm. St. Annenstraße 8.

Gesucht eine Wohnung v. ruh. Leuten

im Preise bis zu 180 Mk.

Näheres an die Exped. d. Bl. unter K.

Wir suchen zu sofort für das

Lübecker Gebiet

tüchtige Vertreter

gegen hohe Bezüge.

Mecklbg. Credit-, Sterbe- und

Krankenversicherungs-

Gesellschaft a. G. zu Plau i. M.

Die Direction.

Eine Schneiderin empfiehlt sich

in und außer dem Hause

Warendorferstraße 8, 2. Et.

Ein moderner Kinderwagen, fast neu,

zu verkaufen. Steinarbeiterweg 7 c, Etage.

Ein kleines Haus in gutem Zustande

zu verkaufen. Näheres Engelsgrube 32/11.

Dabei auch einige gute Mobilien.

Ein Kubbett, neu, billig zu verkauf.

Lindenstraße 66.

Pfaffenspiegel

5. (neueste) Auflage.

11 Lieferungen à 30 Pfg., gebunden 4,50 Mark.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Kranken- und Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.

E. S. Nr. 24.

Ausserordentl. General-Versammlung

am Montag den 20. August

Abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 52.

Tagesordnung:

1. Neuwahl eines ersten Vorsitzenden.

2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Achtung Zimmerer!

Oeffentliche

Zimmerer-Versammlung

am Freitag den 17. August, Abends 9 Uhr

bei Spahrman, Hundestraße 101.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu der jetzigen Ueberstundenarbeit.

Kartoffeln

gelbe Saat 40 Pfg., rothe Saat 30 Pfg.,

jedeweise billiger.

Karl Voss, Alsterstraße 18.

Club Fidelitas.

Auf die am 12. August gezogenen Losnummern

126 631 774 1029 1133 1522 1610 1754 2914

3124 3823

gefallenen Gewinngegenstände sind spätestens

bis zum 1. September d. J. gegen Rückgabe

der Losnummern Kupferstempelstraße 24 in

Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Schwartau-Kensfeld!

Extra-

Mitglieder-Versammlung

des Socialdemokratischen Vereins

am Donnerstag den 16. August

Abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn G. Sternberg

in Kensfeld.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Delegierten zum Parteitag in Kiel.

2. Berichtbezug.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

NB. Dieser Monat findet keine weitere Ver-

sammlung statt.

Der baldige Eingang

der Herbst- und Winterwaaren veranlaßt mich, viele Sommer-Artikel und diverse Stapelwaaren im Preise herabzusetzen, um möglichst zu

räumen.

Es werden mit 10% Rabatt verkauft:

- jämmtliche Steppdecken
- jämmtliche Sporthemden
- jämmtliche Sommerhandschuhe
- jämmtliche Damenblousen
- jämmtliche Sommer-Joppen
- jämmtliche Sommer-Anzüge
- jämmtliche Verandentischdecken

und noch Vieles mehr.

Anßerdem:

- 1 Posten Wasch-Kleiderstoffe per Mtr. 30 Pfg.
- 1 Posten Woll-Kleiderstoffe, dopp. breit, per Mtr. 38 Pfg.
- 1 Posten Buckskin-Reste von 50 Pfg. an
- 1 Posten Parchend-Unterzüge 88 Pfg.
- 1 Posten Wiber-Betttücher 1.38 Mt.

Otto Albers

Lübeck

Markt 4.

Kohlmarkt 10.

Der beliebte fette Tilsiter Bruchkäse Pfd. 30, 40 Pfg. ist wieder vorrätig. **C. Harz** Breitestraße 60a.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag der Sozialdemokrat. Partei Deutschlands 1900 in Mainz.

V.

Durch die Bethätigung der Genossen an den Kommunalwahlen und dem Eindringen in die Gemeindevertretungen ist vielfach ein frischer Zug in die Gemeindevertretungen gekommen. Das Eindringen der Genossen in die Gemeindevertretungen war in dem Berichtsjahre in allen Gegenden des Reichs ein so umfangreiches, daß eine Eingelassener der errungenen Erfolge nicht anständig ist. Allenfalls in Württemberg, Baden, Hessen, Bayern, den mitteldeutschen Herzogthümern, Sachsen und Preußen hat die Zahl der Orte zugenommen, in denen Sozialdemokraten als Gemeindevertreter gewählt wurden. Und in den Orten, in denen Gemeindeverwaltung bereits ein Stamm von Genossen thätig war, ist die Zahl der Vertreter erheblich gestiegen. So ist die sozialdemokratische Fraktion in Berliner Rathhaus durch die letzten Wahlen auf 22 Mitglieder gestiegen. Im Brandenburger Stadtverordnetenkollegium eroberten die Genossen 11 Sitze. Bemerkenswerth waren die Erfolge der Genossen bei den Gemeindevahlen in Bayern und Baden. Vornehmlich waren es die Genossen der bayerischen Pfalz, die glänzende Erfolge, wie z. B. in Ludwigshafen und Kaiserlautern, erzielten. Würdig dem errungenen Sieg bei der letzten Reichstags- wie Landtagswahl eroberten die Genossen in Pforzheim die 3. Wählerklasse. In Forchheim, einem Ort bei Karlsruhe, siegte die Partei auch in der 2. Klasse, so daß unter 48 Gemeindevertretern sich derzeit 31 Genossen befinden. Nach heftigen Kämpfen ist es diesmal den Genossen in Kassel und Arnstadt zum ersten Male gelungen, je 2 Vertreter in die Stadtverwaltung zu wählen.

Mit der erhöhten Thätigkeit der Genossen in den kommunalen Verwaltungen machte sich alsbald auch das Bedürfnis nach einem kommunalen Programm geltend, damit Fehler Einzelner vermieden würden und die Beschlüsse der Genossen der Kritik unter Zugrundelegung des Parteiprogramms Stand hielten. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg waren vor 2 Jahren in dieser Richtung bereits bahnbrechend vorgegangen. Die Genossen in Sachsen und Württemberg sind in diesem Jahre gefolgt und haben auf ihren Landes- bzw. Gemeindevertreterkonferenzen ausführliche Gemeindevahlprogramme aufgestellt, die auch den Genossen anderwärts zur Nachachtung empfohlen werden können. Redaktionelle Änderungen ergeben sich durch die Bedürfnisse der örtlichen Verhältnisse von selbst.

Allgemeines Aufsehen erregte es in den Parteikreisen, als am 24. Februar sich vier Genossen von den 5 sozialdemokratischen Gemeindevertretern in Elmshorn bereit fanden, Gemeindevahl für den Empfang des Oberpräsidenten von Koller zu bewilligen. Der Name dieses Mannes hätte die Genossen von der Begehung der Dummheit abhalten müssen.

Den 2. Satz der Ziffer 9 unseres Programms, unentgeltliche Todtenbestattung, hat die Stadtverordnetenversammlung in Höchst a. M. zum Gesetz erhoben. Die Offenbacher Gemeindevertretung, in der unsere Genossen den Ton angeben, hat für den nächstjährigen Etat Posten sowohl für die unentgeltliche Todtenbestattung, wie auch für die unentgeltliche Geburtshilfe vorgesehen. Die Ablehnung der von dem Verband der Baugewerksmeister Berlins bei der Uebernahme städtischer Arbeiten verlangten Bewilligung der sog. „Streik Klausel“ durch den Magistrat ist ebenfalls auf das Konto der ebenso scharfen wie zutreffenden sozialdemokratischen Kritik zu setzen, die der unerschämten Forderung des Verbandes im Stadtverordnetenkollegium widerfuhr. Der Erfolg der sozialdemokratischen Kritik ist um so durch-

schlagender, als der Magistrat den sozialdemokratischen Anregungen folgend, den Baugewerksmeistern im Falle ihrer Renitenz androhte, die städtischen Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen.

Vor 10 Jahren, am 29. Juli, trat das Gewerbegerichtsgesetz in Kraft. Von den ihm noch anhaftenden Mängeln ist in dem ganzen Zeitraum nicht ein einziger derselben beseitigt. Das hat die Klassenbewußte Arbeiterklasse aber nicht abgehalten, das Gesetz in der bestehenden Form so gut wie möglich auszunutzen. Nur dem fortwährenden Drängen der Arbeiter ist die Ausbreitung der Gewerbegerichte zu danken, der sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch vielfach die Gemeindebehörden widersetzen und noch widersetzen. Gegenwärtig bestehen in Deutschland über 300 Gewerbegerichte. Bei allen in dem Berichtsjahre vorgekommenen Wahlen haben die organisierten Arbeiter ihren Besitzstand behauptet. In Höchst a. M. eroberten die Genossen auch die Klasse der Arbeitgeber; in Halle brachten es die Genossen in der Klasse der Arbeitgeber auf 208 Stimmen gegenüber 441 Stimmen der Arbeitgeberliste.

Die Maiseier als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats, die internationale Solidarität und den Völkerverfrieden, nahm auch in diesem Jahre einen großartigen Verlauf. Die Auffassung, daß die würdigste Form der Demonstration die allgemeine Arbeitsruhe ist, ist diesmal stärker wie vorher zum Ausdruck gelangt. An den am Vormittag des 1. Mai veranstalteten Versammlungen und Ausflügen war die Betheiligung eine starke, namentlich in den großen Parteiortern. Diese Thatsache wurde selbst von der bürgerlichen Presse, wenn auch mit den üblichen Verlegenheitsphrasen, anerkannt. An einzelnen Orten, wie z. B. in Hamburg, Lübeck, Gera, Halle und anderen Orten, wurden die Maurer, Zimmerer, Maschinenbauer und Holzarbeiter ausgesperrt. Doch kam es dieserhalb, außer in Lübeck, nicht zu größeren Differenzen. Die Ausgesperrten wurden untergebracht, weshalb sich die Unternehmer beizeiten, ihre Werkstätten zu öffnen, um nicht den Stamm ihrer geschulten Leute zu verlieren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erhebliche war, die anerkannten, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstages für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwilligst entgegenkamen.

Leider war es den meisten Genossen der Reichstagsfraktion verlag, sich in ihren Wahlkreisen an der Maidemonstration zu betheiligen. Auf der Tagesordnung standen Wahlprüfungen, die uns nöthigten, im Reichstag zur Stelle zu sein. Unter Anderem standen nämlich die Wahlen in Westphalensland, Kiel und Berlin V zur Entscheidung. Da wir in allen drei Wahlkreisen gleich engagirt sind, durften wir die Entscheidung unter keinen Umständen dem Spiel des Zufalls überlassen. Das Gleiche galt von der Wahl in dem hannoverschen Wahlkreis Einbeck-Sterode und der des Freiherrn von Stumm, wenn die Partei dabei auch nicht in dem Maße interessiert ist, wie bei den drei zuerst genannten Wahlkreisen.

Fünfter Verbandstag des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Die Schlussitzung des Verbandstages fand Freitag statt. Ueber dieselbe liegt uns folgender Bericht vor: Ein Antrag der Revisionskommission, „für die Thätigkeit des Vorsitzenden und Ausschusses wolle der Verbandstag die Entlastung ertheilen“, wurde angenommen. Es folgte Punkt 5 der Tagesordnung: „Allgemeine Anträge“. Angenommen wurde ein Antrag Berlin, gedruckte Verhaltungsanweisungen für die Bevollmächtigten herauszugeben. Ein Antrag: „Stellung-

nahme zum 1. Mai“ gelangte zur Berathung. Nach längerer Debatte beschloß der Verbandstag, es bei dem bisherigen Verhältnisse zu belassen und haben demnach die einzelnen Orte für die Folgen der eventuellen Arbeitsruhe aufzukommen. Zur Annahme gelangte sodann ein Antrag, auf die Herausgabe eines Leitfadens für die Hilfskassierer. Ein Antrag freies wohnender Kollege kann nur dann als Verbandstags-Delegirter gewählt werden, wenn in dem Wahlkreise selbst sich kein Kollege um das Mandat bewirbt,“ wurde angenommen. Sodann wurde die Generaldebatte über diejenigen Anträge eröffnet, welche eine Verständigung aller ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen wünschen. Es wurde Klage geführt, daß die Mitglieder vielfach von Seiten der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter und Mitglieder anderer Verbände durch Chikanierungen zum Austritt aus dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und zum Eintritt in deren Organisation bestimmt werden. Elbert-Potsdam empfahl, daß von derartigen Vorfällen die Gewerkschaftskartelle benachrichtigt werden; andre Redner erjuchten den Vorstand, sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen, damit dieselbe diesen unerquicklichen Zuständen ein Ende mache. Nachdem noch eine Specialberathung stattgefunden, wurden alle zu diesem Punkt gestellten Anträge abgelehnt.

Das Protokoll des 5. Verbandstages soll in Broschürenform erscheinen und für 10 Pfg. abgegeben werden. Die Anträge betr. Gau-Eintheilung wurden nach kurzer Debatte dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die Anträge betr. Vermehrung der Mittel für die Gauen wurden nach längerer Debatte durch Annahme eines Antrags der Revisionskommission erledigt, welcher in der Hauptfrage besagt, daß die Gauvorstände für jedes Mitglied in ihrem Bezirk pro Quartal 5 Pfg. erhalten. Das Geld wird auf Antrag des Gauvorstands und der Revisoren vom Hauptvorstand abgezahlt.

Es folgte die Berathung des Reglements für die Gauvorstände. Die Aufgaben derselben wurden durch Annahme eines Antrags des Gau 14, Schleswig-Holstein-Hamburg, erheblich erweitert.

Punkt 6 der Tagesordnung „Wahl des Orts für den Verbandssitz“ wurde durch Annahme folgenden Antrages erledigt: Der Sitz des Verbandes verbleibt in Hannover. Sollten Vorkommnisse, die eine Verlegung nothwendig erscheinen lassen, eintreten, so ist der Vorstand in Verbindung mit dem Ausschusse berechtigt, die Verlegung nach Bremen zu veranlassen.

Es wurde zum 7. Punkt der Tagesordnung „Wahl eines Vorstands und Ausschusses“ übergegangen. Zunächst wurde über die Gehaltsfrage debattirt. Allgemein wurde eine Erhöhung des Gehalts für nothwendig erachtet. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 2000 Mark, das Gehalt des zweiten Vorsitzenden und Kassirers auf 1800 Mk. erhöht. Die Diäten für die Delegirten wurden auf 11 Mk. pro Tag festgesetzt. Die Referenten, welche für den Verband thätig sind, sollen für jeden Vortrag 9 Mark und freie Fahrt dritter Klasse erhalten.

Sodann wurde zur Wahl geschritten. Als 1. Vorsitzender wird Brey einstimmig wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wird Sach-Hamburg gewählt. Bei der Wahl des Kassirers entspann sich eine längere Debatte. Es lag ein Antrag vor, den Kassirer erst nach der beschlossenen nochmaligen Kassenprüfung vom Vorstand und Ausschusse zu bestätigen. Der Verbandstag beschloß demgemäß. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Streb-Offenbach einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden ernannt: Bruns, Martens, Stille, zu deren Stellvertretern Matheß, Junk und Gebke.

Der Verbandstag beschloß, den nächsten Verbandstag in Offenbach abzuhalten. Die Beschlüsse des Verbandstages sollen mit dem 1. Oktober 1900 in Kraft treten. Damit waren die Verhandlungen beendet. Brey ließ die auf dem Verbandstage gefaßten Beschlüsse Revue passieren, dankte den

Stumpfland.

Roman von Dora Dunder.

(80. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Käthin trat auf ihren Sohn zu, der finster und verdrossen am Fenster stand und in die hereinbrechende Dämmerung starrte.

„Ist außer dem Streit noch sonst was in Villa Eva vorgefallen? Und was ist's mit der Anna? Warum wird sie denn todtkrank aus dem Hause des Fremden geschafft — hat's vielleicht irgend etwas zwischen den Beiden gegeben?“

„Nein — nein, doch, — Mutter, — quäle mich nicht — gar nichts ist vorgefallen — in Geschäften wollt' ich Anna sprechen.“

Die Käthin schüttelte den Kopf.

„Glaubst Du, mein Sohn, ich hätte aus Deinen Andeutungen nicht recht gut gemerkt, daß Du Anna etwas zur Last legst?“

Marz fuhr herum.

„Wissen thue ich nichts, mein Sohn, als daß Anna verstorbt und krank nach Hause gekommen ist, daß sie für den Augenblick wenigstens der Schonung bedarf — aber ich fürchte —“

Marz brauste auf.

„Schonung? Weißt Du so gewiß, ob sie der Schonung werth ist?“

„Was sagst Du da, Marz? Das ist ja eine fürchterliche Anklage gegen Deine Schwester.“

Er wandte sich trohzig ab.

„So frage mich doch nicht, wenn Du keine Beschuldigungen über Deine Tochter hören willst — ich schwieg ja doch auch — und hätte aus eigenem Antriebe nichts gesagt.“

„Wirst aber nun nicht länger schweigen! Ich habe doch

ein Recht zu erfahren, was schon wieder geschehen ist. Mir ahnt, es ist nichts Geringes. Ach, mein Karl — wärst Du bei mir! Ach, Kinder — was macht ihr der alten Frau für Sorgen.“

Marz hatte sich kurz entschlossen zu der Mutter zurückgewandt.

„Ja Mutter — Du hast Recht, Du sollst Alles wissen — würdest es ja doch erfahren müssen, wenn das Schlimmste wahr ist. Und was kommt bei dem Vertuschen heraus? Nichts als neue Lügen, neue Verwirrungen. Aber hier kann ich nicht sprechen — dies enge Zimmer erstickt mich. Komm, nimm ein Tuch um, Mutter, es ist nicht kalt draußen. Wir gehen ein Stückchen zwischen den Kiefern auf und nieder, und dann wollen wir zusammen vor Anna hintrreten.“

Die Käthin seufzte.

„Was werde ich wieder hören müssen! O, welch ein Leben!“

Sie nahm seinen Arm und schritt durch die Hintertür mit ihm hinaus.

Anna war aus ihrem kurzen, schweren Schlaf erwacht. Ruhelos, mit schweren Entschlüssen ringend, schritt sie zwischen dem kleinen Schlafgemach — einst Frau Rebekkas Schlafzimmer — und ihrem Arbeitsstübchen auf und nieder.

Es stand fest in ihr, daß sie hier nicht länger bleiben könne. Ihm begegnen — ihn wiedersehen — nachdem er einen so schmachvollen Verdacht auf sie geworfen hatte — niemals!

Auch Rudolf sollte ihr nicht wieder vor Augen kommen. Wenn er sie auch vielleicht nicht angepöbelte, so hatte er die verruchte That gegen Georg doch zugelassen. Irgend wohin muß sie jetzt — weit fort — wo Jemand sie kennt — am liebsten aber dahin, woher noch Keiner wiedergekommen ist.

Was aber sollte aus der Mutter werden — aus der

schwachen, hilflosen Frau? Fortgetrieben von Segenhaus — an das ihre Familie dann kein Recht mehr hatte. Rudolf's Willkür preisgegeben, der, sobald sie nicht mehr war, des Vaters Schuldgeheimniß in die Welt schreien würde, wenn auch nur aus Rache gegen sie, die sich ihm für immer entwunden. — So hatte er's angedroht, ihr und dem Vater. — Nein, die Mutter konnte sie nicht verlassen. — Sie mußte sie zu bereuen versuchen, mit ihr dies Haus — die Stadt zu fliehen — es würde schwer halten, die alte Frau von Marz — von Berlin loszureißen. Und welche Gründe sollte sie angeben? Sie würde wieder lügen — wieder erfinden müssen. O, nur einen Menschen, dem sie hätte vertrauen, auf den sie sich hätte verlassen dürfen!

Sie war auf einen Stuhl in der Nähe des Fensters gesunken.

Den Kopf in die Hände vergraben, die Arme auf die Kniee gestützt, saß sie da — ein Bild stumpfer Verzweiflung.

Eine Thür ging. Sie sah nicht auf und rührte sich nicht. — Es würde die Mutter sein. — Möchte sie kommen — da sie das Haus mit ihr verlassen sollte, mußte es ja doch zu einer Erklärung zwischen ihnen kommen. Eine nervöse Ungebuld überließ sie. Warum schwieg die alte Frau — warum sprach sie nicht zu ihr?!

Anna ließ die Hände langsam sinken und hob das Gesicht, das in seiner Farblosigkeit beinahe weiß durch den dämmrigen Raum leuchtete.

Dann kam ein Schrei von ihren Lippen.

Sie sprang erregt auf. Abwehrend hob sie die Hände auf.

„Du hier, Georg? — Was willst Du noch bei mir?“

Er stand am anderen Ende des Zimmers, ihr gerade gegenüber, gegen die Thür gelehnt. Sein Athem fog von dem heftigen Ritt — sein Haar klebte in nassen Strähnen an der Stirn.

Halberstädter Kollegen für ihre Mithilfe und sprach die Hoffnung aus, daß auf dem nächsten Verbandstage in Offenbach ein neues erfreuliches Wachstum des Verbandes zu verzeichnen sein möge. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Redner den 5. Verbandstag.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Um den gleichen Stundenlohn zu erlangen, wie den Maurer- und Zimmergesellen zugestanden worden ist, haben von den in Hannover beschäftigten ca. 130 Dachdecker-Gesellen ca. 120 am Montag die Arbeit eingestellt und streikten, um ihre Forderung durchzusetzen. Sie verlangen jetzt 47 Pfg., vom 1. Oktober ab 48 Pfg. und vom 1. März 1901 ab 50 Pfg. pro Stunde. — Mehrere hundert Arbeiter der Lederwerke, vormals Michel, Mayer und Demninger in Mainz sind Dienstag Mittag in den Ausstand eingetreten. In den in der Stadt gelegenen Werkstätten hatten sich nur zwölf Arbeiter eingefunden. — In Dünkirchen ist Montag Abend ein Ausstand der Heizer und Schlepper ausgebrochen. Damit sind die Heizer und Schlepper der meisten großen Hafenstädte Frankreichs in Ausstand getreten.

Einen festen Tarifvertrag für ganz Deutschland streben die Berliner Kupferschmiede an. In diesem Berufe mit einheitlicher Organisation der Unternehmer und starker Arbeiterorganisation dürften die Vorbedingungen einer einheitlichen Tarifierung gewisser Arbeiten bereits vorhanden sein.

Ein neues Gewerbegericht. Der Kreisrat des Kreises Mörns hat darauf gedrungen, daß in der Stadt Mörns ein Gewerbegericht errichtet werden sollte. Dasselbe tritt nun am 1. Oktober in Wirksamkeit. Es war dies auch für den industriereichen Kreis eine Nothwendigkeit.

Schutz den Arbeitswilligen! Wie die „Münchener Post“ erfährt, hat der Arbeitgeberverband des Baugewerbes für München und Umgebung an den Verband süddeutscher Möbelindustrieller in Stuttgart eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt: „Nachdem wir in Erfahrung gebracht haben, daß in Stuttgart eine große Anzahl von streikenden Tischlergehülfen aus München in den dortigen Filialen beschäftigt sind, so ersuchen wir verehrlichen Verband, diese Leute sofort zu entlassen.“ — Wenn das Zuchtgesetz nun ergriffen, wären sämtliche Münchener Meister für das Zuchthaus reif!

Ueber einen recht betrübenden Unglücksfall, der sich am Sonntag im Trauergefolge für unseren verstorbenen Genossen Liebknecht ereignete, erzählt der „Vorm.“ Kunde. Im Zuge des 4. Wahlkreises befand sich auch der 54 Jahre alte Bildhauer Theodor Wohl mit seiner Frau. Sichtlich wurde es dem eifrigen Parteifreund schwer, den langen Weg mit im Zuge auszuhalten und es stellten sich mehrfach Zeichen der Ermattung ein. Den Zuspruch, zurückzutreten, beachtete er nicht, er wollte nicht zurückbleiben und harrte mit übermenschlicher Anstrengung an seinem Platz aus. Als sich der Zug der Bärenwaldstraße, Ecke der Weisenaustraße, näherte, schwante plötzlich der Drabe und fiel zur Erde. Schnell brachte man den Unglücklichen in ein nahe gelegenes Lokal und von da, da er sich nicht erholte, zur Unfallstation. Hier konnte leider nur konstatirt werden, daß ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht hatte. Welch ergreifendes Bild eines edlen Pflichtbewußtseins, einer Liebe für die Arbeiterfrage, die selbst die schwersten Anstrengungen mit großer Selbstüberwindung ertragen will!

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden durch den Kaiser die beiden Brithsöhne Franz und Joseph Dociwoski aus Kronschewo (Kreis Inowrazlaw), welche seiner Zeit vom Schwurgericht in Bromberg wegen Vätermordes zum Tode verurtheilt worden waren. Der ältere der beiden Brüder, Franz K., ist inzwischen aus dem Gefängnis in Bromberg entlassen und konnte bisher nicht wieder ergriffen werden. Man vermutet, daß er über die nahe russische Grenze entkommen ist. — Ueber ein blutiges Renkontre zwischen Grenzwahe und Schmugglern wird der „Königsb. Hart. Ztg.“ von der russischen Grenze geschrieben: Zwischen russischen Grenzsolbaten und einem Schmugglertrupp kam es in der letzten Freitagnacht beim Nordon 24 zu einem blutigen Zusammenstoß. Nach längerer Vorbereitung versuchten die Schmuggler Seidenzeuge im Werthe von etwa 3000 Mark über die Grenze zu schaffen, fielen aber in die Hände der Russen, da

sie von einem mit Blendlaternen versehenen Ausgucksthorne bemerkt wurden. Beim Versuch der Festnahme entspann sich ein heftiger Kampf. Während sich fünf Mann durch Schwimmen über die Scheichuppe zu retten vermochten, fiel der Anführer schwer verwundet in die Hände der Russen. — Vor den Augen seines Bruders ist zu Gottesberg in Schlessien ein zwölfjähriger Schulknabe aus Fellhammer in die Erde gesunken und erstickt. Der Knabe sammelte mit seinem jüngeren Bruder Kohlen. Hierbei gerieth er auf eine Stelle des nahen Grubenterrains, die Tagebrüche enthält und deren Betreten seitens der Grubenverwaltung streng verboten wurde. Plötzlich senkte sich der Boden unter seinen Füßen mit furchtbarer Schnelligkeit, und der Knabe versank. Ueber ihm stürzten die Steinmassen zusammen. Auf das Hilfergeschrei des jüngeren Bruders eilten mehrere Grubenbeamte und Bergleute herbei. Doch war die Rettung des Knaben durch die in Bewegung gerathene Steinmasse nicht mehr möglich. Erst nach langer, anstrengender Thätigkeit gelang es, den Unglücklichen aufzufinden, aber er war bereits eine Leiche. — Ein Mord, dessen Veranlassung noch unerklärlich ist, wurde am Sonntagabend in der Laubkolonie Nordend bei Berlin ausgeführt. Dort wurde der 49 Jahre alte Staaker (Dachdecker) Wilhelm Michel in seiner Laube als Leiche aufgefunden. Der Tod war anscheinend durch Erdroffnung eingetreten. Als Thäter ist der 39 Jahre alte Kutcher Leschinski verhaftet worden. — Der Maurer Hagemeyer in Holzhausen bei Hansberge (Hannover) durchschneit seinem Schwager, der erst vor zwei Jahren vom Militär zurückgekehrt war, den Hals; der junge Mann war gleich darauf todt. Der Mörder wurde verhaftet. — Im Deßthaling, wie aus Junsbruck gemeldet wird, vor wenigen Tagen infolge heftiger Gewitterregen bei Lumpen (Gemeinde Umhausen) eine Mühle (Schutt- und Schlamm-Lawine) nieder, welche Wiesen und Felder verheerte und einen Schaden von 13 000 Kronen anrichtete. Im Weiler Acherbach wurden durch die Mühle einige Häuser so beschädigt, daß sie nun unbewohnbar sind. — Bei der Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft in Kopenhagen, der größten Dänemarks wurden große Betrügereien entdeckt. Der Hauptkassirer hatte bedeutende Summen unterschlagen. — Witten im Sommer erfroren ist nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Christiana im Romsbalant, südlich von Drontheim in voriger Woche ein zwölfjähriges Mädchen. Dieses befand sich mit einem älteren Mädchen auf dem Gebirge zwischen Torvik und Angvik, wobei sie beide verirrt. Nachdem sie einen ganzen Tag gegangen waren, legte sich das jüngere Mädchen in eine Schauer, während das ältere von einem Säter (Senner) Hilfe holte. Als diese ankam, war das Mädchen bereits erfroren. — Bei einem furchtbaren Unwetter, das die östliche Küste der Vereinigten Staaten heimsuchte, sind 14 Personen vom Blitz getödtet und zahlreiche Häuser zerstört worden. Die große Brücke nach Brooklyn gerieth in starke Schwankungen. — Von einem Brandunglück auf dem Meere wurde der Dampfer der White-Star-Linie „Cymric“ betroffen, der am Montag Abend in New-York eintraf. Das Schiff hatte auf hoher See eine 36 Stunden andauernde Feuersbrunst zu überleben. Das Schiff mußte behufs Löschens des Feuers fast ganz unter Wasser gehalten werden. Die Aufregung unter den Passagieren war furchtbar, doch ist kein Unglücksfall vorgekommen. — Aus Indien sind die „Königschen Zeitung“ Privatmeldungen zugegangen, welche besagen, daß eine neue Hungersnoth bevorsteht, dabei nimmt die Cholera über ganz Indien zu. In den letzten Tagen des verfloffenen Monats starben in Bombay allein täglich über 300 Menschen. Von Lahore im Pendschab meldet ein Telegramm, bis zum 7. Juli belief sich die Anzahl der Choleraerkrankungen im Pendschab auf 15 702 mit 8317 Todesfällen. Die Seuche dehnte sich auf sechs neue Distrikte aus. Die Lage ist höchst ernst. In Ahmedabad stellten sämtliche Fabriken den Betrieb ein. 30 000 Menschen ziehen brodlos umher.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer zu Aachen verurtheilte einen Tagelöhner aus Walsenburg wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Verurtheilte hatte sich am 16. Juli d. Js. an die Armenverwaltung in Düren mit der Bitte gewandt, ihm 60 Pfennige zur Fahrt nach Aachen zu gewähren. Als ihm das abgelehnt wurde, beging er eine Majestätsbeleidigung. Nun wurde er sofort verhaftet und nach Aachen in das Gefängnis transportirt. Die erstlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet. — Am 5. d. Mts. begaben sich einige junge Leute von Basel nach St. Ludwig in ein dortiges Re-

staurant. Im Laufe der Unterhaltung ließ sich einer der Baseler einen beleidigenden Ausbruch gegen den deutschen Kaiser zu schulden kommen. Ein Gast entfernte sich unbeachtet und kam wenige Minuten später mit zwei Gensdarmen zurück, welche letztere den Majestätsbeleidiger sofort verhafteten.

Ein interessanter Majestätsbeleidigungsprozess spielte sich dieser Tage in Wien ab. Am 1. Juli hielt der tschechische Publizist Dr. Karl Zivy in einem Wiener tschechisch-politischen Vereine eine Rede über „Pangermanismus“. Dabei soll er nach der Behauptung des Regierungsvertreter das Verhalten des österreichischen Kaisers zur unklaren politischen Situation in „ehrfurchtverlezend“ Weise besprochen haben. In der Gerichtsverhandlung gab der Angeklagte kurz den Inhalt seiner inkriminirten Rede an. Er habe über pangermanistische (alldeutsche) Weltpolitik gesprochen und über die chinesischen Wirren. Die Politik des Deutschen Reiches in China sei gefährlich für das Wohl der österreichischen Slaven. Denn diese seien gezwungen, als treue Bürger ihrem Kaiser zur Seite zu stehen. Nun sei aber Oesterreich mit Deutschland verbündet und könne zu unserem Schaden leicht mit hineingezogen werden in den Strudel jener Weltpolitik, wo zum Schluß vielleicht der deutsche Kaiser sammt seinen Ministern nicht mehr wissen wird, was zu thun ist. Denn China mit seiner alten Kultur lasse sich nicht so leicht überwinden. „Aus diesem Zusammenhang“, sagte der Angeklagte, „geht hervor, daß die inkriminirte Aeußerung auf den deutschen und nicht auf den österreichischen Kaiser gemünzt war. Aber wie immer man sie auffaßt, eine Majestätsbeleidigung beinhaltet sie unter keinen Umständen.“ Sowohl nach dem Protokoll als auch nach der Relation hat sich Dr. Zivy des Wortes „cäsar“ (Cäsar-Kaiser) für Kaiser bedient. Er bemerkte dazu: „Die tschechischen Politiker vermeiden das Wort Kaiser oder König und sagen Majestät, weil das staatsrechtliche Verhältnis Böhmens zur Krone noch nicht geklärt ist.“ Nach längerer Berathung verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu sechs Monaten schwerenerkers. Diese Verurtheilung zieht den Verlust des Doktorgrades nach sich.

Eine Exkommunikation. Das Presbyterium der evangelisch-lutherischen Gemeinde (Landeskirche) in Witten (Ruhr) hat kürzlich einen in Wädche lebenden Protestanten durch folgende interessante Bannbulle exkommuniziert:

An den Herrn R. R., Witten!
Da Sie trotz Verwarnung sich in der römischen Kirche haben trauen lassen und das Versprechen römischer Kindererziehung gegeben haben, so werden Sie hierdurch so lange vom Wahlrecht, von der Uebernahme von Pastorenstellen und von der Theilnahme am hl. Abendmahl ausgeschlossen, bis Sie Ihre es evangelischen Schriften unwürdiges Verhalten bereut und, soweit es in Ihren Kräften steht, wieder gut gemacht haben.

(L. S.) Das Presbyterium der ev.-luth. Gemeinde. (Folgen 16 Unterschriften).

Die ultramontane „Germania“ blüht mit Empfindungen, die halb aus Entzücken, halb aus Neid gemischt scheinen, auf diese That. Sie schreibt:

„Man sieht, die Zeiten sind vorüber, wo nur der böse Paps den Bannfluch schleudern konnte; das Wittener Presbyterium hat's auch gelernt und, wie man hört, soll es sogar sehr fleißig im Excommuniciren sein.“ Von einer so heiligen Handlung, wie das Excommuniciren ist — es gehört vorkommenden Falls gewiß zu den vornehmsten Pflichten der römischen Kirche — sollte ein so frommes Blatt wie die „Germania“ nicht in so unziemlichem Tone reden.

Auch ein „Anarchist“. Ein Tourist mit etwas dunklem Haar — so wird der „Volksztg.“ aus Marstrand bei Goteborg geschrieben — beobachtete in der vergangenen Woche den König von Schweden, der sich dort wie andere Badegäste bewegt. Einige Gäste wurden von Anarchistenfurcht geschüttelt und steckten die gesammte Besucherschaft des Bades an. Die Polizei mußte Erkundigungen per Draht einholen, und da entpuppte sich der vermeintliche italienische Anarchist als — ehrbarer deutscher Professor!

Es ist erreicht! Der „Westf. Merkur“ weiß zu melden, daß dem armen König Milan jetzt das Leben beziehungsweise das Puppen ordentlich sauer gemacht werde. Er stehe schon auf der ominösen „schwarzen Liste“ der Karlsbader Geschäftsleute. Diese warnen alle Kollegen „vor einem gewissen Milan, früher König von Serbien, bezüglich Kreditgebung“ und fügen bei, daß bei Bestellungen des Königs stets Baarzahlung zu beanspruchen, andernfalls die Waare nicht abzuliefern sei.

„Du kannst noch fragen?“ rief er hervor. „Es litt mich nicht länger daheim, ich mußte Dich sehen, Dich sprechen. Je mehr der Druck von mir wich, den die furchtbaren Szenen dieses Morgens hinterlassen hatten, je mehr begann ich zu hoffen, daß sich das entzündene Dunkel zwischen uns lichten wird.“

„Das hoffst Du? Jetzt noch?“
„Ja, Anna, diese Zuversicht treibt mich her. — Längst war ich bei Dir — wenn nicht ein seltsames Vorkommniß im Park mich zurückgehalten hätte — erschrick nicht, Anna — ich sah Deinen Gatten.“

„Rudolf! O mein Gott!“
„Ja. — Er selbst sagte mir, daß er Dein Gatte sei — doch davon nachher.“

Er trat ein paar Schritte näher auf sie zu.
„Jetzt, Anna, liegt mir nur das eine am Herzen — Deine Verzeihung. Versuche mich zu verstehen, wie Du es früher so oft gethan. Du kennst mich so lange Jahre. Du weißt, daß meine Natur selten außer sich geräth — geschieht es dennoch, dann läßt sich der Strom nicht eindämmen — und es war viel, sehr viel, das auf mich einbrang.“

Er fixirte beide Hände gegen sie aus.
„Vergieb mir, Anna!“
Sie ergriß seine Hände nicht. Ohne sich zu rühren, blieb sie mit dem Rücken gegen das Fenster gelehnt stehen.

Mit diesen flachen Worten der Entschuldigung gedankt Du gut zu machen, was Du mir angethan? Nicht heute nur, als das Schlimmste geschah, nein, seit wir uns wiedersehen — mit Deinen Fragen, Deinen Zweifeln —

„Vergiß nicht, Anna, was Alles gegen Dich zu sein

schien. Vergiß auch nicht, daß ich Dich als Frau wiederfand — während ich — doch wir wollen nicht abwägen — nur bitten will ich Dich: laß mich nicht länger in diesem Chaos qualender Zweifel!“

Hoch auf richtete sie sich.

„Das also führt Dich her? Wieder Zweifel? Wieder Fragen? Das ist also Deine Liebe zu mir, das Dein Glaube, der Glaube des Mannes, der mich vor Kurzem erst beschwor, gefessliche Bande zu lösen — der mich zu seinem Weibe machen wollte. Ich, die Du von Kindheit an kennst, bin Dir im Inneren so fremd, daß Du Anklagungen, Beweise verlangst, um einen Verdacht zu entkräften, der nie — höre mich — nie in Deinem Herzen hätte Wurzel schlagen dürfen.“

„Anna — nicht so — nicht diese gereizte Sprache. — Du siehst, ich nahe, Verzeihung heischend, nahe mit offenem, überquellendem Herzen. — Nicht die Begegnung mit Deinem Gatten hat mir die Sehnsucht nach Verzeihung, nach Verständigung in die Seele gelegt. — Nicht etwa die Ueberzeugung erst, die mich bei meinem Anblick überkam, daß Du durch irgend ein dunkles Verhängniß, vielleicht durch irgend ein Verhängniß, willenlos in diesen Ehebund getrieben worden — frage Deinen Bruder, ob ich ihm nicht vor Stunden schon gesagt, es thut mir weh — ich bereue tief, Anna so von mir gewiesen zu haben. — Sei nicht unerbittlich, Anna! Ich will ja nur ein Wort von Dir hören — ein einziges Wort.“

„Das Du nie von mir hören wirst.“
Anna schlug verzweifelt die Hände vor das Gesicht.

„D. entsetzlich ist es mir klar geworden, daß all die schönen Reden, mit denen Du meine Seele umschmeichelt

hast, nur leerer Schall waren — Worte — nichts als Worte

Was ist Freundschaft, Liebe ohne Vertrauen?“

„Anna, Du vergißt Eins. Kein Jüngling steht vor Dir, sondern ein Mann. Ernst und besonnen gemacht durch ein Leben voll schwerer Erfahrungen, seinem ganzen inneren Wesen nach dazu gedrängt, selbst die Stimme des Herzens zu unterdrücken, wo es gilt, die Wahrheit ans Licht zu ziehen.“

Anna lachte kurz und grell auf. Es war etwas Schluchzendes, Zerbrechendes in diesem Lachen.

„Also die Wahrheit ist Dir nur, was bewiesen, was greifbar vor Dir liegt? Die innere Stimme, die lauter und überzeugender als alle Zeugnisse und Beweise sprechen sollte, schweigt in Dir? Fühlst Du nicht, wie tief und immer tiefer Du mich verletzest und kränkst? Geh, zerre mich vor Gericht, wenn Dein Drang nach Wahrheit es für nöthig erachtet — laß Eide schwören, für und wider mich, steh zu, ob man dort vielleicht ein Mittel finden wird, mich zum Reden zu zwingen, Du wirst es niemals finden — geh!“

„Nein, hier ist mein Platz. Oft genug hast Du den Ausbruch meines innersten Gefühls, meiner heiligsten Ueberzeugungen entgegengenommen, es war ein schweigendes Eingeständniß, ein Seelenbund, den Du nun unthätig in falschem Trost zerreißen willst.“

„Ein Eingeständniß, ein Seelenbund — ja!“
Ihre Augen leuchteten wie von einer inneren, plötzlich aufprühenden Lichtfluth überstrahlt. In ihre Wangen kehrte die Farbe zurück, ihre schlaffe Gestalt rechte sich — sie war unergleichlich schön in diesem Augenblick, in dem alles Leid, alle Verzweiflung von ihr abzufallen schien und nur die Liebe triumphirte.

(Fortsetzung folgt.)